Beiträge zu den Wettbewerben des Roten Morgen Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 20. Mai 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Gegen Fluglotsenstreik wegen § 129 ermittelt

Streikende wie Verbrecher behandelt

Zuerst machte der Fall Traube Schlagzeilen. Ein „bedauerlicher Einzelfall", wie die Bonner Minister versicherten. Kurz darauf sah sich Minister Maihofer gezwungen, fünf weitere Fälle aus der Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes bekanntzugeben. Auch das natürlich „bedauerliche Einzelfälle"; und zwar, wie Minister Maihofer beteuerte, „restlos alle" Fälle von Eingriffen des Verfassungsschutzes in den letzten 20 Jahren.

Eine faustdicke Lüge, wie sich nur wenige Wochen später herausstellte. Jetzt wurde nämlich bekannt, daß der Verfassungsschutz 1973 auch während des Streiks der Fluglotsen abgehört hatte. Und zwar auf der Grundlage von Ermittlungen wegen § 129 (Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung)! Auf Grund des gleichen Paragraphen also, von dem die Regierung immer wieder behauptet, daß er allein zur Verfolgung von Kriminellen und Mördern, zum Schutz der Bevölkerung geschaffen worden sei!

Die Fluglotsen hatten damals gegen ihre völlige Überlastung, die zum gefährlichen Risiko für die Flugpassagiere geworden war, gekämpft und für Erschwerniszulagen. Der kapitalistische Staat hatte mit einer üblen Hetzkampagne und mit Repressalien geantwortet. So wurden Ermittlungsverfahren gegen Fluglotsen wegen Erpressung und Nötigung eingeleitet, Fluglotsen in ihrer Wohnung von Kriminalbeamten verhört, der Einsatz von Bundeswehrsoldaten als Streikbrecher geplant u. a. m. Geheimgehalten aber wurde, daß gegen die streikenden Fluglotsen auch wegen des § 129 ermittelt wurde, daß Telefone abgehört, und die Beschattung von Fluglotsen geplant wurde. Namentlich bekanntgeworden ist dabei nun die Bespitzelung von Kassebohm, dem Vorsitzenden des Fluglotsenverbandes. Es liegt auf der Hand, daß dabei nicht der Reaktionär Kassebohm dem Staat gefährlich war, sondern der Streik der Fluglotsen.

Vier Jahre lang erfuhren weder die Betroffenen noch die Öffentlichkeit von dieser unglaublichen Maßnahme gegen den gerechten Kampf der Fluglotsen. Und sie hätten es auch nie erfahren, wenn es nicht durch einen Zufall bekanntgeworden wäre.

Im Gegenteil, auch an ihre Adresse richteten sich ja die zahllosen Beteuerungen der Bonner Minister, daß Paragraphen wie der § 129 ausschließlich gegen „Kriminelle", gegen „Gewaltverbrecher" gerichtet seien. Welcher Fluglotse hätte denn wohl bis vor kurzem geglaubt, daß auch er zu diesem Kreis gehört, daß sich auch gegen ihn die Gesetze zum Schutz der „inneren Sicherheit" richten könnten? Ihr Kampf hatte doch unter anderem gerade das Ziel, die Sicherheit von Tausenden und Abertausenden von Flugpassagieren zu erhöhen, Tote und Verletzte durch Zusammenstöße von Flugzeugen zu verhindern. Aber diese Sicherheit ist es eben nicht, die der kapitalistische Staat meint, wenn er von „innerer Sicherheit" spricht. Die Sicherheit, die er meint, die er schützen will, das ist die Sicherheit des Profits der Kapitalisten — in diesem Fall der Fluggesellschaften. Nicht diejenigen, die um des Profits willen Leben und Gesundheit Tausender bedrohen, sind in seinen Augen „kriminell", sondern diejenigen, die für die Interessen der Werktätigen eintreten und kämpfen. Gegen sie richten sich seine Gesetze, gegen sie wird dann — wie im Fall des Fluglotsenstreiks — wegen „Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt, wird mit Gerichten, Verfassungsschutz und politischer Polizei vorgegangen.

Diese Bespitzelung der Fluglotsen ist keineswegs ein Einzelfall. Zwar sind gegenwärtig keine weiteren Fälle bekannt — was nicht heißt, daß es sie nicht gibt — wo gegen Streikende aufgrund des § 129 ermittelt wurde. Bespitzelung und Überwachung durch die politische Polizei bei Streiks aber gehören zur normalen Tätigkeit der Polizei.

Ebenfalls 1973 wurde der sogenannte Schieß-Befehl aus Baden-Württemberg bekannt. Auf der

Fortsetzung auf Seite 2



Nicht nur, daß die Polizei mit brutaler Gewalt gegen streikende Arbeiter vorgeht, wie hier 1973 gegen die Arbeiterinnen von Hella, gleichzeitig werden die Werktätigen überwacht und bespitzelt.

Das Programm von Carter, Schmidt und Co.

Ausplünderung der Werktätigen und Völker

Optimismus, Zuversicht und Eintracht strahlten die Staats- und Regierungschefs der USA, Japans, Englands, Frankreichs, Italiens, Kanadas und der Bundesrepublik aus, als sie sich nach dem Abschluß ihrer Gipfelkonferenz in London den Pressefotografen präsentierten. Aber sind die Hoffnungen, die Carter, Schmidt, Callaghan und Co. bei der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen ihrer Länder mit dem „Londoner Gipfel" zu wecken versuchten, tatsächlich gerechtfertigt? Können die werktätigen Massen erwarten, daß die Chefs der mächtigsten und reichsten imperialistischen Staaten imstande sind, die drückenden Probleme der Arbeitslosigkeit, der Inflation, der ungesicherten Zukunft von Millionen von Menschen, die tiefe und allseitige Krise, die die ganze kapitalistische und revisionistische Welt erfaßt hat, zu lösen?

Geradezu widerlich spielten sich vor und während der Konferenz die westdeutschen Imperialisten auf. Als ob der Lauf der Welt davon abhängt, ob sich Carter und Schmidt vertragen, notierte die Hofpresse jede ihrer Äußerungen. Und als sie sich dann nach ihrem Gespräch mit Vornamen anredeten, brach Jubel aus. Die Zusammenarbeit und das Bündnis der westdeutschen mit den amerikanischen Imperialisten stellt eine große Gefahr für die Völker dar und ist genauso wenig wie der „Londoner Gipfel insgesamt" in der Lage, auch nur eines der Probleme zu lösen, die auf den Werktätigen lasten.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Lage in den am „Londoner Gipfel" beteiligten kapitalistischen Ländern. „Seit 1975 hat sich die weltwirtschaftliche Lage fortschreitend verbessert", wurde in London behauptet. Und auf diese Lüge wurde im Schlußkommunique gleich eine weitere gesetzt, indem dort die „unverminderte Kraft unserer Gesellschaften" bei der Überwindung der Krise beschworen wird.

Fortschreitende Besserung?

Das drückendste Problem, das auf den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern lastet, ist ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen hat heute einen solchen Umfang angenommen, wie nie zuvor seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. In allen kapitalistischen und revisionistischen Ländern zusammengenommen sind über 100 Millionen Menschen ohne Arbeit. Allein in den

Fortsetzung auf Seite 10

Chemietarifrunde

Kampf dem 7% Lohnraub!

Im Tarifbezirk Nordrhein wurden am vergangenen Wochenende die Tarifverhandlungen beendet. Der Abschluß lautet wie in Hessen 7 Prozent. Zu diesem voraussehbaren „Ergebnis" kam es in der sogenannten „Schlichtung", nachdem die IG Chemie-Bonzen vorher die Verhandlungen für gescheitert erklärt hatten. Im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz dagegen, wo von den 90.000 Chemiewerkern allein 55.000 bei BASF in Ludwigshafen zusammengeballt sind, konnte der Gewerkschaftsapparat es nicht wagen, die Kollegen mit 7 Prozent abzuspeisen. Obwohl die Unternehmer hier ebenfalls 7 Prozent anboten, ließen die Gewerkschaftsbonzen die Schlichtung platzen. Sie beharrten auf einem halben Prozent mehr, auf einer „Kompromißforderung" von 7,5 Prozent. Ursprünglich forderten sie 9,5 Prozent, was eigentlich auch schon zu wenig und gegen die Interessen und den Willen der Arbeiter und kleinen Angestellten war. Jetzt wird die Urabstimmung vorbereitet, die für den 23. und 24. Mai angesetzt ist.

Die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen hatten Angst, daß es zu einem „wilden Streik" hätte kommen können, falls sie in der Schlichtung mit 7 Prozent abgeschlossen hätten. Ihre Taktik ist es jetzt, einerseits durch den Gewerkschaftsapparat von innen heraus die Kampfbereitschaft zu unterhöhlen, zu spalten, auf jeden Fall aber zu verhindern, daß die Massen selbständig, unabhängig vom Gewerkschaftsapparat streiken, andererseits durch „Zuckerbrot und Peitsche" von außen die Bewegung anzugreifen. Dazu gehört auch die Maßnahme der Kapitalisten, unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen ab 1. Mai bereits 7 Prozent mehr zu bezahlen.

Am meisten fürchten die Bosse und der Gewerkschaftsapparat die große Kampfbereitschaft und Unruhe bei BASF. Dort sind die Kollegen am wenigsten bereit, sich auch in diesem Jahr wieder mit einem Lohnraubabschluß abspeisen zu lassen. Machten im vergangenen Jahr die Chemie-Kapitalisten allgemein märchenhafte Profite, so steht hier BASF mit einem Rekordprofit von 1,4 Milliarden DM an der Spitze. Darüber herrscht große Empörung unter den BASF-Kollegen, denn dieser Rekordprofit war nur möglich durch die Rationalisierungsmaßnahmen, die die Kapitalisten rücksichtslos vorantrieben, durch die unerhörte Steigerung der Arbeitshetze.

Der Gewerkschaftsapparat der IG Chemie sieht sich jetzt gezwungen zu

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Affären der SPD ... 2
„Friedensdemonstration" — Abrüstungsschwindel der Revisionisten ... 3
FDGB-Wahlen in der DDR
Krupp: Kranfahrer verweigern Überschichten ... 4
Hoechst: Demonstration gegen Lehrlingsentlassungen ... 4
Kontaktbereichsbeamte in Westberlin: Spitzel gegen die Werktätigen ... 5
Weg mit den reaktionären Hochschulgesetzen! ... 6
Neue Angriffe auf Demonstranten geplant ... 7
NATO-Tagung: Verstärkte Kriegsrüstungen beschlossen ... 10
Polizeiterror gegen die KP Japans (Linke) ... 11
Namibia: Neue Erfolge der Patrioten ... 11
Gegen den Flughafen Narita: 4.000 Bauern und Studenten im Kampf ... 11

Affären der SPD

Fäulnis einer Partei des Monopolkapitals

Bestechungsaffären in Hessen, Westberlin und Bonn, Kampf bis aufs Messer um die Pöstchen in Stadtrat und Verwaltung in München, jeden Tag ein neuer Skandal — mit immer größerer Empörung betrachten die Werktätigen den Sumpf von Korruption und Ämterpatronage in der SPD. Wer diese Partei bei den letzten Bundestagswahlen in dem Glauben gewählt hatte, an den Versprechungen der Brandt und Co. sei vielleicht doch etwas Wahres, sieht sich bitter betrogen. Das angebliche „kleinere Übel“ entpuppte sich schnell als eine verrottete Partei des Monopolkapitals und ihre Reformversprechungen als zügellose Angriffe auf die Werktätigen.

So sehr stinkt der Sumpf zum Himmel, daß SPD-Chef Brandt bereits in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ offen zugeben mußte: „Parteien, die lange an der Macht oder an der Spitze von Verwaltungen sind, haben solche Probleme.“

Tatsächlich haben acht Jahre an der Regierung genügt, um zu zeigen, daß in den Reihen der SPD Anstand und Moral fremde Erscheinungen sind, daß die Stadträte, Abgeordneten, Bürgermeister, Senatoren und Minister dieser Partei ihre Posten lediglich als Pfründe betrachten, um sich zu bereichern und möglichst viel für sich herauszuschlagen. Als treue Dienerin des Monopolkapitals herrschen in der SPD, wie in den anderen bürgerlichen Parteien auch, die Wolfsgesetze des Kapitalismus.

Als die SPD 1969 die CDU in der Regierung abgelöst hatte, wurde nicht mit Demagogie gespart, und SPD-Chef Brandt tönte sogar vom „Beginn einer neuen Zeit“. Wie diese „neue Zeit“ aussieht, davon haben sich die Werktätigen in den vergangenen acht Jahren am eigenen Leibe überzeugen können. Ungesicherter denn je ist ihre Zukunft, und die Zahl der Arbeitslosen hat schon lange die Millionengrenze überschritten. Mehr noch. Eben die Partei, die den Werktätigen ein besseres Leben versprach, erhöhte die Steuern, kürzte die Renten, baute die Sozialleistungen ab und stopfte gleichzeitig den kapitalistischen Monopolen Millionen von DM in Form von Investitionsbeihilfen in den Rachen. Sie baute den Spitzel- und Polizeiapparat gegen die Werktätigen aus, verabschiedete zahlreiche Gesetze zur politischen Unterdrückung, ein volksfeindliches Energieprogramm usw. usf. Als Regierungspartei diente die SPD die ganze Zeit treu den kapitalistischen Ausbeutern. Die wachsende Empörung der Werktätigen gegen diese Partei des Monopolkapitals ist deswegen nur allzu berechtigt.

Diese Empörung wird weiter wachsen. Denn ungeachtet ihrer Demagogie ist die SPD angesichts der Krise, die sich vertieft, gezwungen, immer neue und umfassendere Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen im Interesse des Kapitals vorzubereiten und durchzuführen, um den Monopolen und Trusten Höchstprofite zu garantieren.

Diese Politik bringt die SPD auch in Konflikt mit ihrem „linken“ Feigenblatt, den „Stamokap-Jusos“. Die scheinradikalen, revisionistischen Thesen und Konzepte der Benneter und Co., mit denen sie die werktätigen Massen vom Weg der proletarischen Revolution zum Sturz des kapitalistischen Systems abhalten wollen, ihr Eintreten für das Bündnis und die Zusammenarbeit mit den modernen Revisionisten der D„K“P, machen sie gerade jetzt für die SPD untragbar. Die SPD ist und bleibt eine offene Partei des Monopolkapitals, in der es für einen revisionistischen Flügel, der sich scheinbar die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel setzt, immer weniger Platz gibt.

Nimmt man alles zusammen, kann es nicht verwundern, daß die Bourgeoisie in dieser Situation offenbar einen Pferdewechsel vorbereitet, wie sie es immer anstrebt, wenn die Demagogie der Regierungspartei sich immer mehr als Lüge entlarvt. Die entsprechende Propaganda läuft bereits. Aber der Zweck eines solchen Manövers liegt auf der Hand: Die werktätigen Massen sollen glauben, die Verschlechterung ihrer Lebenslage, die drückenden Probleme, die auf ihnen lasten, seien das Ergebnis der „schlechten Politik“ einer bestimmten Partei.

Sie sollen nicht erkennen, daß ihre schwere Lage das unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Ausbeuterordnung ist, daß nicht der Wechsel der Regierungspartei, sondern die Verjagung aller Blutsauger und Volkszertreter, die dem Volk im Nacken sitzen, nur die proletarische Revolution der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende machen.

Aber im Licht der harten Tatsachen wird diese Art der Demagogie immer weniger Glauben finden.

Streikende wie Verbrecher behandelt

Fortsetzung von Seite 1

Grundlage dieses Befehls hatte Innenminister Schieß während der Tarifbewegung der Metallarbeiter Polizeispitzel in die Betriebe geschickt, die ausspionieren sollten, ob Streiks zu erwarten seien und gleichzeitig dafür sorgen sollten, daß die Polizei bei „wilden“ Streiks die sogenannten „Rädelsführer“ sofort festnehmen konnte. Innenminister Schieß machte damals auch klar, daß diese Maßnahmen fester Bestandteil unserer „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ sind. Gegen Angriffe der D„K“P und auch des IGM-Apparates, die behaupteten, das Ganze sei ein typischer Akt des „Rechtskartells“, verteidigte sich Schieß nämlich, indem er sich auf die „Vorschrift für den großen und den außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst“ der Polizei berief, der im gesamten Bundesgebiet gilt. Dort heißt es:

„Durch frühzeitige Aufklärung und Erkundung sind Ausmaß und Charakter von Arbeitskämpfen sowie die örtlichen Verhältnisse festzustellen. Rechtzeitig eingeleitete Maßnahmen können vorübergehend Ausschreitungen und Gewaltanwendungen verhindern. Mit den Vertretern der Sozialpartner, insbesondere mit den örtlichen Betriebs- und Streikleitungen ist Verbindung aufzunehmen.“

(Wie dieser letzte Satz zu verstehen ist, sah man im gleichen Jahr bei Ford in Köln, wo die Polizei mit der Betriebsleitung und den DGB-Bonzen zusammenarbeitete und die Streikleitung der Arbeiter verhaftete.)

Genauso gehört auch die Bespitzelung und Überwachung von Demonstrationen zum Alltag der Polizei. In einer Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom November 1976 konnte man etwa über die Bespitzelung einer erlaubten Demonstration lesen:

„Der Kriminalbeamte W., der ein Tonbandgerät mit sich führte, gesellte sich im Verlaufe seiner Tätigkeit zu einer der umstehenden Gruppen. Von dem dort geführten Gespräch fertigte er eine Tonbandaufzeichnung an.“

Unter dem Vorwand, „unbekannte Täter früherer Straftaten“ ermitteln zu müssen, billigte der Bundesgerichtshof im August 1975 das Fotografieren der politischen Polizei bei Demonstrationen, wobei ausdrücklich festgestellt wurde, daß auch das Fotografieren „unverdächtiger Personen“ und die Aufnahme ihrer Fotos in die Karteien des Verfassungschutzes völlig legal ist.

Genauso gehört es inzwischen auch zur gängigen Praxis der Polizei, bei Demonstrationen, aber auch bei Streiks, wie etwa dem Druckerstreik, bereits bei vorläufigen Festnahmen, eine erkennungsdienstliche Behandlung vorzunehmen, um die Karteien des Verfassungsschutzes zu vervollständigen.

Auf diese und auf andere Weise sind bereits rund 3 Millionen Personen in den Karteien des Verfassungsschutzes registriert. Eine Zahl, die allen Behauptungen der Regierung, daß die bis jetzt bekanntgegebenen Bespitzelungsfälle „bedauerliche Einzelfälle“ seien, ins Gesicht schlägt, eine Zahl, die aber auch beweist, daß sich die Tätigkeit der von Jahr zu Jahr immer weiter verstärkten Polizei und insbesondere der politischen Polizei, keineswegs hauptsächlich auf einige, wenige „Terroristen“ konzentriert.

Vielmehr ist es so, daß die Regierung die „Terroristenverfolgung“ mit Riesenschlagzeilen begleitet, während sie über die Verfolgung der Werktätigen den Mantel des Schweigens breitet und versucht, sie möglichst vollständig geheimzuhalten. Aber Ruhe ist trügerisch, wie der Fall der Fluglotsen und andere Tatsachen beweisen. Sie ist erzwungen durch die absolute Gleichschaltung der staatlichen Behörden und der bürgerlichen Nachrichtenmedien. Die Tatsachen hinter dieser Kulisse der „demokratischen Fassade“ sehen ganz anders aus. Sie ist vielmehr ein alarmierendes Zeichen dafür, wie weit die Faschisierung dieses Staates bereits vorangeschritten ist — so weit, daß nicht einmal die Betroffenen von den Maßnahmen gegen sie erfahren, wie es bei den Fluglotsen der Fall war.

Wahrhaftig, ein schöne „Demokratie“ und „Freiheit“, die nur in der bürgerlichen Propaganda existiert; in der Millionen Werktätige bespitzelt werden, in der politische Polizei Streiks und Demonstrationen beobachtet, Streikende und Hausbesetzer (wie in Hamburg) als „kriminelle Vereinigungen“ verfolgt werden, in der gleichzeitig diejenigen verfolgt werden, die angesichts dieser Tatsachen die Werktätigen davor warnen, daß die Bourgeoisie diesen Staat Schritt für Schritt faschisiert, Schritt für Schritt ihre Diktatur über sie ausbaut und mit noch mehr Polizei, noch schärferen Gesetzen absichert.

Aber die Wahrheit über diesen Staat läßt sich nicht vollständig unterdrücken. Die Propagandalügen der Bourgeoisie werden mit jedem Polizeieinsatz gegen die Werktätigen, mit jeder politischen Entlassung im Betrieb, mit jedem Werktätigen, der von der Polizei erschossen wird, unglaubwürdiger. Gleichzeitig kommen immer mehr Werktätige zu der Überzeugung, daß die Bourgeoisie die Kommunisten gerade deshalb verfolgt, weil sie die Wahrheit über diesen Staat verbreiten und weil die Schlußfolgerung, die sie aus den Tatsachen ziehen, richtig ist. Die Schlußfolgerung nämlich, daß man diesen Staat nicht „verbessern“, nicht von seinen Krankheiten heilen kann, sondern daß man ihn gewaltsam stürzen muß, wenn man die Unterdrückung der Werktätigen beenden und wahre Freiheit und Demokratie für sie erkämpfen will.

Kurz berichtet

PHILIPSTEIN

Am 7. Mai machten Genossen der Partei zusammen mit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS in Philipstein, wo der am 13. 4. von der Polizei erschossene Landwirt Helmut Schlaudraff gewohnt hatte, einen Stand (unser Bild). Eine selbstgemalte Wandzeitung entlarvte die Lügen der Polizei und der bürgerlichen Presse. Die Agitation der Genossen stieß auf das Interesse der Dorfbewohner. In Gesprächen wurde deutlich, daß die neueste Lüge der Polizei, die Maschinenpistole sei unglücklicherweise zufällig losgegangen, nicht geglaubt wird. Oft war zu hören: „Die wollen sich nur reinwaschen!“ Und ein Kollege meinte: „Mir können sie nichts vormachen, ich war beim Bund, ich weiß wie solche Waffen funktionieren.“ Die Genossen konnten in einer Dreiviertelstunde elf Exemplare des „Roten Morgen“ Nr. 18, in dem über die Erschießung H. Schlaudraffs berichtet wird, verkaufen. Sie verkauften außerdem eine Broschüre der RHD und verteilten 30 Werbeexemplare der Roten-Hilfe-Zeitung.



BERGSTRASSE

Am 29. April hat die ROTE GARDE Bergstraße ihre Veranstaltung zum Roten 1. Mai durchgeführt, zu der rund 25 Freunde und Genossen gekommen waren. Auf der Veranstaltung wurde eine Rede gehalten und der Agitproptrupp der Partei sang revolutionäre Lieder. Es wurden 67,70 DM für den Kampf des chilenischen Volkes gespendet.

BAD KREUZNACH

Am 30. April hat in Bad Kreuznach eine Veranstaltung der ROTEN GARDE zum Roten 1. Mai stattgefunden, auf der ein Referat zu Geschichte und Gegenwart des 1. Mai gehalten wurde. Anhand eines Dia-Vortrages konnten die Genossen sechs Kollegen, die zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der Partei gekommen waren, die große Perspektive aufzeigen, die der Sozialismus bietet. Eine Spendensammlung für die Sektion DDR der KPD/ML ergab 55 DM.

TÜBINGEN

Am 28. April verabschiedete die Vollversammlung der Studenten der Universität Tübingen auf Antrag des KSB/ML eine Solidaritätsresolution mit Genossen Volker Nieber, der wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war und jetzt vor der Berufungsverhandlung steht. Gegen die Resolution, die Freispruch für Volker fordert, stimmten nur einige Mitglieder des revisionistischen MSB und des RCDS.

Offen gesagt ...

Erhards Wirtschaftswunder - ein Märchen der Bourgeoisie

Man hätte meinen können, eine Art Übermensch wäre da ins Grab gesunken. Als der Ex-Kanzler Ludwig Erhard starb, überboten sich die bürgerlichen Politiker und Journalisten gegenseitig in ihren Huldigungen. Angesichts von über einer Million Arbeitslosen, angesichts von Betriebsstillegungen und Massenentlassungen ergriffen sie die Gelegenheit, wenigstens im Nachruf auf Erhard noch einmal so richtig schön das „Wirtschaftswunder“ zu preisen.

Was waren es denn für „Wunder“, die Erhard angeblich vollbracht hat? Nach der Legende der Bourgeoisie hat er, der von den amerikanischen Besatzern unmittelbar nach Kriegsende als bayrischer Wirtschaftsminister eingesetzt wurde, „aus dem Nichts heraus“ die westdeutsche Wirtschaft aufgebaut und zur stärksten in Europa gemacht. Gewiß, das Nachkriegs-Deutschland war übersät von Trümmern und Ruinen. Aber in Trümmer gelegt hatten die amerikanischen und britischen Bomber die Städte, die Wohnviertel der Arbeiter. Die Industriebetriebe dagegen waren zu drei Vierteln unbeschädigt geblieben. Sie wurden von den amerikanischen Besatzern in die Hände der deutschen Imperialisten, der Kriegsverbrecher wie Krupp und Thyssen zurückgelegt. Gleichzeitig brachten die Wallstreet-Monopole mit dem Marshall-Plan große Mengen von Kapital nach Westdeutschland, um sich dort wirtschaftlichen Einfluß zu sichern.

Und wer produzierte die Reichtümer des sogenannten „Wirtschaftswunders“? Etwa Erhard und seinesgleichen? Es waren die deutschen Arbeiter, die die Maschinen wieder in Gang setzten, die in die Gruben einfuhren. Aber all die Reichtümer, die sie schufen, blieben in der Hand der Kapitalisten. Um die kapitalistische Wirklichkeit zu verschleiern, um die immer schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse zu rechtfertigen, erfand Erhard die Parole von der „sozialen Marktwirtschaft“. Das war eine Losung der Klassenversöhnung, eine Parole, die den Werktätigen weismachen wollte, der bürgerliche Staat würde die Wirtschaft im Interesse sowohl der Werktätigen wie auch der Kapitalisten steuern. Erhard selbst wurde von der Bourgeoisie als Gallionsfigur dieser „sozialen Marktwirtschaft“, als „Volkskanzler“ aufgebaut.

In den Jahren der relativen Stabilisierung konnte die Bourgeoisie mit dieser Demagogie, die vom reaktionären Gewerkschaftsapparat breit in die Arbeiterklasse getragen wurde, einigen Erfolg erzielen. Aber schon die Krise von 1966 zeigte, daß die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ sich nicht im geringsten vom „normalen“ Kapitalismus unterschied. Kurzarbeit, Entlassungen, verschärfter Lohnraub — auf diese unverhüllten Angriffe antwortete die Arbeiterklasse mit verstärkten Kampfaktionen. Erhard hatte abgewirtschaftet. Die Bourgeoisie nahm einen Pferdewechsel vor und holte mit der großen Koalition Gewerkschaftsbonzen wie Leber und Arendt in die Regierung. Aber das Scheitern der Großen Koalition, der Rücktritt Brandts, der jetzige Zerfall der sozial-liberalen Koalition, all das zeigt, daß es keiner Regierung der Bourgeoisie gelingen kann, die Werktätigen mit dem Kapitalismus zu versöhnen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

"Friedensdemonstrationen"

Abrüstungsschwindel der Revisionisten

„Wer abrüstet, der hat mehr vom Leben." Mit solchen Sprüchen trommelt ein sogenanntes „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" gegenwärtig für Demonstrationen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik. Dieses Komitee gibt sich den Anschein der Unabhängigkeit, des Zusammenschlusses von Menschen, die besorgt sind über das Wettrüsten. Tatsächlich aber steckt niemand anderes dahinter als die modernen Revisionisten der D„K"P.

Und so ist auch nicht der Kampf für den Frieden das Ziel dieses Komitees, sondern im Gegenteil dienen all seine Aktivitäten, Demonstrationen und Kundgebungen dazu, diesen Kampf zu sabotieren. Wie gehen die Revisionisten im einzelnen vor? Sie predigen die Allmacht der modernen Atomwaffen, die Allmacht derjenigen, in deren Händen sie liegen, der beiden Supermächte. Das Ziel dieser Predigten ist es, unter den Werktätigen Resignation, Angst und Pazifismus zu verbreiten. Sie sollen glauben, daß jeder Widerstand gegen die Aggressionen der Supermächte sinnlos ist, nur mit ihrer eigenen Vernichtung enden würde.

Damit verhöhnen die Revisionisten die Erfahrungen des antifaschistischen Krieges, die Erfahrungen der nationalen Befreiungskriege der letzten Jahre. Erfahrungen, die bewiesen haben, daß auch das Volk eines kleinen Landes eine Großmacht besiegen kann, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben, zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die eigenen Hände nimmt. Diesen Mut hatte das albanische Volk im Kampf gegen die Hitler-Faschisten. Diesen Mut hatten die Völker Indochinas in ihrem Kampf gegen die amerikanische Supermacht.

Die modernen Revisionisten aber wollen, daß die Völker ihr Schicksal in die Hände der Imperialisten legen. Sie preisen vor allem die Sowjetunion als „sozialistische Friedensmacht" an, ihre militärische Stärke als Friedensgarantie, die den „Entspannungsprozeß unumkehrbar macht". Die Sowjetunion — eine Friedensmacht? Der Überfall auf die Tschechoslowakei, die Aggressionen gegen die VR China, die blutige Einmischung in Angola — all das beweist: Die Sowjetunion von heute ist eine imperialistische Supermacht. Ihr Militärapparat dient nicht dem Frieden. Er ist ein Instrument der Unterdrückung der Völker unter der Kontrolle der Sozialimperialisten, ein Instrument zur Eroberung neuer Einflußgebiete. Und wie steht es mit der angeblichen Entspannung? Es ist gerade das Ringen der russischen Supermacht mit den amerikanischen Imperialisten um die Herrschaft über die Welt, das überall neue Spannungen schafft, das die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges heraufbeschwört.

Das „Klima der Entspannung", von dem die Kreml-Zaren und ihre revisionistischen Gefolgsleute schwätzen, ist nichts als Betrug. Haben denn die russischen Imperialisten in den Jahren seit der Konferenz von Helsinki auch nur einen einzigen Soldaten, auch nur ein einziges Gewehr abgerüstet? Sie haben allein in der DDR im letzten Jahr ihre Besatzertruppen um 20.000 Mann verstärkt. Sie haben riesige Manöver durchgezogen wie „Okeanos" und „Sojus 77", die nichts anderes waren als Generalproben für den Angriffskrieg. Auf der anderen Seite haben auch die amerikanischen Imperialisten das Personal und die Ausrüstung ihres aggressiven Militärblocks, der NATO, ständig aufgestockt. Das ist die Lage in Europa. Unter diesen Umständen sein Schicksal in die Hände der Kreml-Herren zu legen, wie es die modernen Revisionisten so lautstark propagieren, heißt, seinen Kopf in die Schlinge des Henkers zu legen. Zugleich ist die Friedensdemagogie der Revisionisten, die den Kampf der Völker gegen die Kriegsgefahr lähmen soll, auch eine Unterstützung für die amerikanischen Imperialisten. Die italienischen und französischen Revisionisten sind dabei schon längst dazu übergegangen, im Namen des „Gleichgewichts der Kräfte" offen für die Existenz der NATO einzutreten.

Das betrügerische Friedensgeklingel verfolgt auch noch einen anderen Zweck. Parolen wie: „Bildung statt Bomben" oder: „Die großen sozialen Probleme unserer Zeit können ohne Abrüstung nicht gelöst werden" sollen die Werktätigen glauben machen, auf den sogenannten Abrüstungskonferenzen der Supermächte würden Bedingungen für die Beseitigung der kapitalistischen Krise geschaffen. Schamlos nutzt die D„K"P dabei die Sorgen der Arbeiter über ihre Zukunft aus. So preist sie den Hoesch-Kollegen in Dortmund die Demonstration ihres „Friedenskomitees" als „Demonstration gegen den Abbau von Arbeitsplätzen" an. Und nicht nur die Krise, auch die politische Unterdrückung wird angeblich durch den Abrüstungsschwindel der Supermächte abgeschafft! So heißt es in einem Aufruf: „Abrüstung würde dagegen zur Einschränkung dieser Kräfte führen und den demokratischen Spielraum der Bevölkerung erweitern."

„Diese Kräfte" — das sind für die Revisionisten die Vertreter des „Rechtskartells", der CDU. Sie werden dafür verantwortlich gemacht, wenn es mit der Abrüstung nicht klappt, sie haben uns angeblich die Krise gebracht und die Berufsverbote. Aber tatsächlich sind Krise, Krieg und politische Unterdrückung nicht das Werk einiger besonders bösartiger Reaktionäre. Sie sind die Ausdrucksformen der tiefen, unversöhnlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems selbst. Und die Werktätigen können sich nur davon befreien, indem sie unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei den Kampf aufnehmen zur Beseitigung des Kapitalismus, indem sie in der sozialistischen Revolution den Staat der Bourgeoisie zerbrechen und die Diktatur des Proletariats errichten.

Genau das wollen die modernen Revisionisten verhindern. Sie stellen sich schützend vor den bürgerlichen Staat. Demagogisch greifen sie die eine Partei der Bourgeoisie, die CDU, an. Gleichzeitig erklären sie das Bündnis mit der anderen Partei der Bourgeoisie, der SPD, zum „Gebot der Stunde". Sie streben eine Allianz mit der Sozialdemokratie an von der Art, wie sie in Frankreich schon besteht und sich zur Übernahme der Regierungsgeschäfte für die Bourgeoisie bereithält. Eine solche Allianz aber ist niemals im Interesse der werktätigen Massen. Sie dient wie die Demonstrationen des „Friedenskomitees", wo die D„K"P-Revisionisten Seite an Seite mit SPD- und DGB-Bonzen marschieren werden, einzig und allein der Bourgeoisie und muß von den Werktätigen entschieden bekämpft werden.

Gegenplan - Sonderschichten für wen?

Die SED-Führung hat in Übereinstimmung mit dem FDGB durch den Ministerrat der DDR die Weisung an alle Betriebe geben lassen, bis Ende März 1977 Gegenplanverpflichtungen zu erarbeiten.

Der Gegenplan ist ein aus der Sowjetunion übernommener Begriff, bei dem es darum geht, zusätzlich zum vorgegebenen Plan noch weitere Aufgaben zu übernehmen. Vom Inhalt her ist es eine Erhöhung und spezifische Ergänzung des Volkswirtschaftsplanes insgesamt.

Sein Hauptziel ist, alle Lücken im Volkswirtschaftsplan durch zusätzliche Arbeitsleistungen zu stopfen, die den Plan von Anfang an belasten.

Die größten Lücken, die geschlossen werden sollen, sind die fehlenden Arbeitskräfte für die Verwirklichung der von der SED-Spitze gestellten ehrgeizigen Ziele, eine Reihe knapper Materialien und Rohstoffe und der in einigen Zweigen vorhandene Rückstand in der Versorgung der Bevölkerung, im Transportwesen und einigen Bereichen des Bauwesens. Dabei geht es nicht um die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Bevölkerung, sondern einzig und allein um die Erhöhung der Profite der neuen Bourgeoisie.

Für zusätzliche Produktion werden den Arbeitern Prämien versprochen, um sie zu einem noch höheren Arbeitstempo zu gewinnen.

Da die Steigerung der Arbeitsproduktivität über bessere und modernere technische Ausrüstung hinter den Planzielen zurückbleibt und die Intensität der Arbeit nicht viel weiter erhöht werden kann, werden von den Betriebsleitern in stiller Übereinkunft mit den FDGB-Spitzen noch mehr Überstunden, Sonderschichten und Initiativschichten als Ausweg dringend empfohlen.

Es gibt in der Wirtschaft der DDR seit Jahren kaum einen Bereich, in dem der Plan ohne Überstunden und Sonderschichten erfüllt wird.

Diese Praxis der erzwungenen Erhöhung der Arbeitszeit über diesen Umweg stößt bei der Mehrheit der Arbeiter auf wachsenden Widerstand. In Gewerkschaftsversammlungen versuchen die leitenden Betriebsfunktionäre mit Unterstützung der oberen Führungsleute der SED und des FDGB, die Arbeiter hinters Licht zu führen und zu beruhigen. So verkünden sie wider besseres Wissen Durchschnittswerte der Überstundenentwicklung, über die die Arbeiter nur lachen können.

Der von den Arbeitern schnell erkannte Trick mit den Durchschnittszahlen besteht darin, daß die monatlichen Überstunden eines Betriebes durch die Gesamtzahl der Beschäftigten, einschließlich der Angestellten, geteilt wird. Dieser errechnete Wert hat mit der Realität nichts zu tun. Die Wahrheit ist, daß vor allem die Produktionsarbeiter die Überstunden und Sonderschichten leisten müssen. Dabei kommen dann meist doppelt, teilweise bis dreimal so viel heraus, wie im „Durchschnitt" ausgegeben.

Mit den Initiativschichten hat man sich etwas besonderes einfallen lassen.

Mit Hilfe der Erfahrungen der Arbeiter sollen in einer Art Musterarbeitsorganisation, die dann auch auf andere Bereiche übertragen werden soll, die Unebenheiten und Mängel aus dem Produktionsablauf beseitigt werden, die durch die mangelhafte Arbeit der Leiter, deren Gehalt ja sowieso stimmt, entstanden sind.

Diese Initiativschichten werden oft außerhalb der regulären Arbeitszeit geleistet.

Als Trostpflaster werden die Überstunden entsprechend der Lohngesetze der DDR und durch manche Betriebsleiter auch darüberhinaus, bezahlt. Den Arbeitern nutzt das jedoch nicht sehr viel, denn sie bezahlen es mit ihrer für sich und ihre Familien so wertvollen Freizeit, von langfristigen gesundheitlichen Schäden ganz abgesehen.

Nicht von ungefähr wird der Unwille der Arbeiter über die Praxis der Freizeiteinschränkung durch zusätzliche Arbeitsleistungen in den Gesprächen am Arbeitsplatz, im Kollegenkreis und in den Versammlungen immer stärker spürbar.

FDGB-Wahlen in der DDR

Wachsender Widerstand der Werktätigen

Korrespondenz. Für den 16. bis 19. Mai 1977 wird der 9. FDGB-Kongreß vorbereitet. Nach dem Willen des Bundesvorstandes des FDGB, dem höchsten gewerkschaftlichen Organ in der DDR, soll er „ein Höhepunkt im Leben des FDGB und im gesamten gesellschaftlichen Leben der DDR" werden.

Auf der vorbereitenden Tagung des Bundesvorstandes des FDGB wurde verkündet, um was es dabei geht. Durch die zu erwartenden Beschlüsse will der FDGB gemäß den Weisungen der SED, gemäß den Interessen der neuen Bourgeoisie in der DDR, die Werktätigen noch fester vor den Karren der russischen Sozialimperialisten und der Honecker-Clique spannen. So soll der FDGB die Mitglieder in den Betrieben dafür „begeistern",

— die DDR als Bestandteil der „sozialistischen Staatengemeinschaft" weiter auszubauen — auf deutsch: die DDR noch stärker dem Diktat Moskaus zu unterwerfen;

— mitzuhelfen, durch noch höhere Leistungen in den Betrieben den „gesellschaftlichen Reichtum" zu mehren, das „Volkseigentum" zu vergrößern — auf deutsch: den Reichtum, den Profit der neuen Bourgeoisie zu erhöhen;

— mit Wettbewerben, Initiativschichten und weiteren Formen der Erhöhung des Arbeitstempos die „DDR-Wirtschaft zu stabilisieren" — auf deutsch: die Ausbeutung der Werktätigen zu verschärfen.

Waren zu Beginn der ersten vorbereitenden Versammlungen in den Betrieben, im November 1976, noch vereinzelt die Hoffnungen zu hören, daß sich der FDGB-Kongreß einigen unmittelbaren Problemen der Arbeiter widmen würde, so hat jetzt die Führung eindeutig klargestellt, daß es darum geht,

— „mit vielen neuen Initiativen im Wettbewerb den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution würdig vorzubereiten". Es wird bei diesem Kongreß also ausschließlich darum gehen, die Interessen der Bourgeoisie gegen die Werktätigen in der DDR durchzusetzen.

Aber damit stößt die FDGB-Führung bei vielen Mitgliedern auf Widerstand, was sich unter anderem daran ablesen läßt, daß nicht alles nach Wunsch der „Oberen" läuft.

So werden für die betrieblichen FDGB-Wahlen die Kandidaten für die neue Betriebsgewerkschaftsleitung entsprechend der für die neue Leitung vorgesehenen Stärke auf einer Liste aufgestellt. Dabei steht für die oberen Leitungen schon längere Zeit fest, wer in den Betrieben der neue Vorsitzende der Gewerkschaftsleitung werden soll, d. h. der Mann ihres Vertrauens soll auf diese Position gebracht werden. **Bei der Vorbereitung des 9. FDGB-Kongresses haben in 89 Fällen diese schon vorher ausgewählten Leute in den betrieblichen Wahlen keine 50% der Stimmen ihrer Mitglieder erhalten und wurden dadurch nicht in die Leitung gewählt. Sie konnten also nicht zu Vorsitzenden benannt werden.**

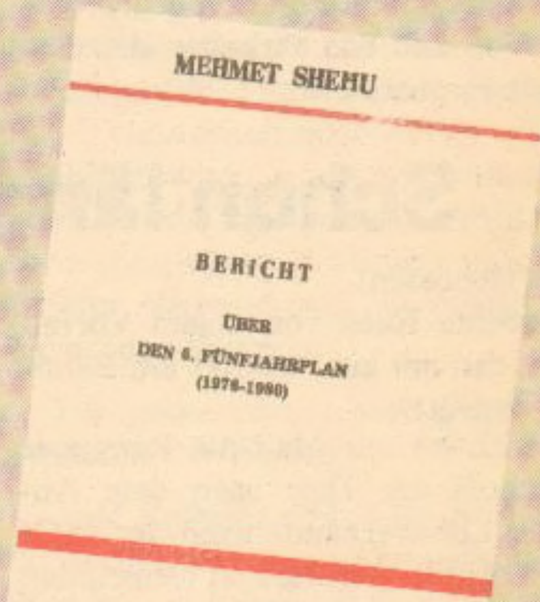
Die oberen Leitungen haben es nicht gewagt, diese Entscheidungen der Arbeiter mit Tricks zu umgehen. Es mußten neue Leute benannt werden.

NEUERSCHEINUNGEN



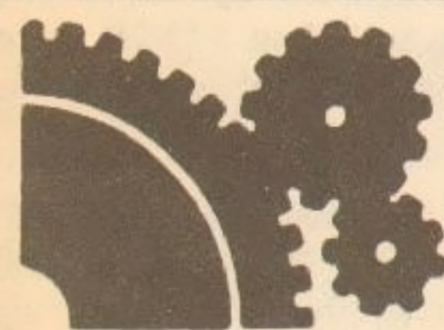
Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien
Verabschiedet von der Volksversammlung, 28. 12. 1976
57 Seiten, DM 1,25
Verlag 8. Nentori, Tirana 1977

Mehmet Shehu
Bericht über die Direktiven des 7. Parteitages der PAA für den 6. Fünfjahrplan der Entwicklung in Wirtschaft und Kultur der Volksrepublik Albanien in den Jahren 1976-1980
Erstattet auf dem 7. Parteitag der PAA, 4. 11. 1976
126 Seiten, DM 1,90
Verlag 8. Nentori, Tirana 1977



Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel.: 040 / 3 90 29 59

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Betriebsversammlung bei der Duisburger Kupferhütte

Am 23. 3. war Betriebsversammlung bei der Duisburger Kupferhütte. Seit Januar versuchen die Aktionäre der Kupferhütte, Bayer, BASF und Hoechst die Lasten der Krise auf die Kollegen abzuwälzen. Folgende Rationalisierungsmaßnahmen wurden auf der Belegschaftsversammlung angekündigt, zum Teil nachdem sie schon durchgeführt waren:

— Abbau der Zusatzschicht für die Kollegen der Conti-Schicht, Abfeiern der Zusatzschicht auch an Sonn- und Feiertagen und auf Mittag- und Nachtschicht. Das ist ein schwerer Angriff auf unsere Existenzlage; es wird im Schnitt 100 DM netto im Monat ausmachen.

— 100 Entlassungen bis Ende dieses Jahres.

— Frühpensionierung ab 57 Jahre.

Diese kapitalistische Rationalisierung soll den Aktionären 8.000.000 DM mehr Profit bringen.

Der reaktionäre Betriebsrat steht voll hinter dieser brutalen Rationalisierung, und versuchte den Kollegen diese Maßnahmen als notwendige Opfer zu verkaufen: „Die letzte Chance, die Hütte zu retten . . .“ Er schloß schon vor der Betriebsversammlung Betriebsvereinbarungen über diese Maßnahmen ab.

Der Zorn der Kollegen auf dieses verräterische Bonzenpack war groß. Als auf der Betriebsversammlung das erste Mal seit Jahren ein revolutionärer Kollege sprach, fand er breite Unterstützung der Kollegen.

Er entlarvte die Betriebsräte als Verräter, die die Interessen der Kollegen schamlos verkaufen. Die sogar mit den Betriebsleitern die Kollegen aussuchen wollen, die entlassen werden. Er zeigte anhand des Betriebsratsvorsitzenden, der gleichzeitig Stadtverordneter von Duisburg, Ratsherr, Gewerkschaftsfunktionär und Freigestellter ist, wie verfilzt diese Menschen sind und daß sie der Lohn der Wechselschichtarbeiter überhaupt nicht mehr interessiert. Daß die gemeinsamen Verhandlungen zwischen Werksleitung und Betriebsrat nur den einen Zweck haben, die Lasten der Krise auf unsere Schultern zu verteilen. Daß sich die Lage der Arbeiter immer weiter verschärft, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Ausmaße annimmt und ein Rausschmiß mit großer Wahrscheinlichkeit Dauerarbeitslosigkeit bedeutet.

Er sagte, daß angesichts dieser Lage nur eins hilft: sich im Vertrauen auf die eigene Kraft zur Wehr setzen, und daß man auf keinen Fall auf die Mitbestimmungsmanöver des Betriebsrats vertrauen darf.

Den Kollegen war das aus der Seele gesprochen. Die Rede wurde mehrmals durch Beifall unterbrochen.

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Lanius verteidigte darauf empört seinen Vorsitzenden und die Kapitalisten. Er verstieg sich zu der Behauptung, die Kapitalisten hätten seit 1967 keine Profite mehr gemacht und isolierte sich so nur noch weiter. Solch eine Stimmung war noch auf keiner Versammlung. Der Betriebsrat wurde ausgelacht, als er versuchte, die Kapitalisten in Schutz zu nehmen. Und bekam auch sonst zum ersten Mal fast keinen Applaus.

Rot Front!
Ein Genosse der Kupferhütte.

Kampf gegen Tarifverrat

Vor ca. einer Woche fand eine ÖTV-Mitgliederversammlung statt für den sozialen Bereich (Erzieher, Kindertagesstätten usw.)

Empörend war der Bericht eines Vertreters der Ortsverwaltung zur Tarifrunde. Mit unverfrorenem Gesicht erklärte dieser Typ, daß es ja nur an den Kollegen gelegen hat, daß der Abschluß so niedrig ist, denn die wollten ja nicht kämpfen. Auf Widerspruch der Kollegen erwiderte er arrogant: „Was wollt ihr denn? Ihr seid doch die Gewerkschaft, ihr müßt kämpfen, ihr habt doch eure Betriebsgruppe, blah, blah.“

Eine Kollegin stellte ganz treffend fest, daß er doch am besten sein Gefasel mal auf Band aufnimmt, und das jedes Jahr wieder abspielt.

Eine besondere Sauerei ist, daß bei diesem Abschluß die Vorpraktikanten und Praktikanten weniger Geld als bisher bekommen, so ca. 15%. Der Gewerkschaftsfritze zuckte nur mit den Schultern und meinte, da könnte man nichts machen, die sind ja noch alle nicht in der Gewerkschaft.

Dagegen protestierten einige, und einstimmig wurde eine Resolution gegen diesen Abschluß und das Verhalten der Gewerkschaft verabschiedet.

Als dann der neue Dienstleistungsbericht (ein Bogen, in dem die ganze Arbeit eines Kollegen mit Abstufungen von 1-7 bewertet wird, um wirksamer rationalisieren zu können) zur Sprache kam und es sich herausstellte, daß der Gesamtpersonalrat daran kräftig mitgearbeitet hat, die Kollegen so lange wie möglich darüber im Unklaren zu lassen (wir erfuhren davon erst aus der bürgerlichen Presse), war die Empörung bei vielen groß. Der Gewerkschaftsfritze wußte natürlich „von nichts“, und außerdem, wie schon so oft am Abend, war er „nicht zuständig“, er könne da gar nichts sagen.

Auch gegen diesen Dienstleistungsbericht wurde eine Resolution einstimmig verabschiedet.

Sicher haben die meisten Kollegen den grundsätzlichen Verrat der Gewerkschaft noch nicht völlig durchschaut. Aber eines wird immer deutlicher: Der Unmut über diese Verräterpolitik wird größer, und er macht sich hier und da lautstark bemerkbar. Es ist die Aufgabe der Partei, diesen Kollegen das Wesen der ÖTV, des DGB klarzumachen, sie für unsere revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen, für den Aufbau der RGO.

Rot Front! Genossen aus Kassel.

Schon längst gedruckt

Werte Genossen!

Ich möchte Euch von einem Vorfall berichten, den mir ein Arbeiter am Bahnhof Hof erzählte.

Er berichtete mir, daß die Rangierer des Bahnhofs am Tage nach dem Abschluß der Lohnverhandlungen der ÖTV und GdED mit Regierung und Gemeinden bereits eine gedruckte Tabelle erhielten mit den neuen Lohnberechnungen.

Wenn man bedenkt, daß die Zeitungen meldeten, „erst gegen Mitternacht, nach zähen und schweren Verhandlungstagen konnte eine Einigung erzielt werden“, beweist die genannte Tatsache, was für ein Verräterpack dieser Gewerkschaftsapparat ist, weil man über den „wahnsinnigen Erfolg von O,1% mehr“ sich schon längst bei Sekt und Kaviar einig war.

Man fragt sich: Was machen die eigentlich hinter verschlossenen Türen, sich vielleicht die neuesten Witze aus dem Kanzleramt erzählen?

Rot Front!
Ein Genosse aus Westberlin

Krupp/Bochum

Kranführer verweigern Überschichten

Bei Krupp Bochum im Kaltwalzwerk werden keine Überschichten mehr gefahren. Die Kranführer lehnen es ab, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsschichten zu machen, bis ihre Forderungen erfüllt sind: 30 Mark mehr für Samstagsschichten! Für einen höheren Stundenlohn! Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Klimaanlagen für die Kräne!

Im Kranbetrieb gärt es schon lange. Die meisten Kranführer erhalten einen Stundenlohn unter zehn Mark. Klar, daß sie Überschichten auf Überschichten fahren müssen, um auf einen Lohn zu kommen, von dem sie auch vernünftig leben können. Außerdem wehren sich die Kollegen gegen die Akkordschinderei und Arbeitshetze, gegen die fehlende Entlüftung der Hallen.

Im Kampf für ihre berechtigten Forderungen haben die Kranführer einen ersten Sieg errungen: Bis auf einen Kollegen haben alle Kranführer die Samstags- und Sonntagsschicht abgelehnt! Dabei war der Druck auf die Kranführer von Schiebern, Meistern bis hinauf zur Werksleitung groß. Die Produktion sollte am Samstag in allen drei Schichten im gesamten Kaltwalzwerk laufen. Am Donnerstag kam es dann zur Sitzung, auf der die Werksleitung mit allen Tricks, mit Zuckerbrot und Peitsche versuchte, die Kranführer kleinzukriegen. Auch die einzelnen Kranführer wurden persönlich immer wieder angesprochen und unter Druck gesetzt. Doch nichts half — auch am Freitag nicht. Freitag mittag mußte dann die Werksleitung ihre erste Niederlage eingestehen: Die Schichten für Samstag wurden überall abbestellt. Es wird im Kaltwalzwerk samstags nicht eher wieder gearbeitet, bis die Forderungen der Kranführer erfüllt sind.

Die Gewerkschaftsbonzen tun so, als ob der Kampf der Kranführer die anderen Kollegen im Werk nichts anginge. Bewußt haben sie diesen Kampf verheimlicht, um die Kranführer von den anderen Kollegen zu isolieren und ihre Niederlage vorzubereiten.

Die Betriebszelle der Partei hat in ihrer Zeitung „Hammerschlag“ diesen Verrat der Bonzen entlarvt und unterstützt entschieden den Kampf der Kranführer. Denn dieser Kampf ist ein Beispiel für alle Arbeiter. So denken auch die meisten Kollegen. Sie sagen: „Wenn die Kranführer durchhalten, werden sie Erfolg haben Und das wird sich auch für alle anderen gut auswirken.“

Farbwerke Hoechst

Demonstration gegen Lehrlingsentlassungen

Empörung unter den Lehrlingen bei Hoechst. 20% von ihnen sollen nach der Beendigung ihrer Lehre nicht vom Betrieb übernommen werden. Von den Lehrlingen des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs wie Chemielaboranten sollen es sogar 60% sein. Das enthüllte in der letzten Woche ein Flugblatt der ROTEN GARDE.

„Nicht übernommen“ — Tausende junger Arbeiter haben schon erfahren, was das bedeutet: zig Bewerbungen schreiben und ebensoviel Absagen bekommen. Aufs Arbeitsamt gehen und immer wieder das gleiche hören: „Wir haben leider nichts für sie da.‘ Und die Unterstützung? Davon kann niemand leben. „Nicht übernommen“ — das heißt heute wochen- oder monatelang auf der Straße liegen.

Aber die jungen Chemiearbeiter und -laboranten von Hoechst sind nicht bereit, sich damit abzufinden. Sie haben nicht ihren Beruf erlernt, um jetzt arbeitslos zu sein, ohne Gewißheit, ob sie überhaupt jemals in ihrem Beruf arbeiten können. Sie schlossen sich zusammen, um gegen den Rausschmiß vorzugehen. Auf ihre Jugendvertretung konnten sie sich dabei nicht verlassen. Die Jungbonzen versuchten im Gegenteil den Kampf abzuwiegeln, wollten die Kollegen dazu bringen, sich mit der Entlassung abzufinden.

Es war die ROTE GARDE, die die Initiative ergriff und den Kampf für die Forderung „Alle Lehrlinge müssen übernommen werden!“ organisierte. Am Freitag, während der Mittagspause, versammelten sich 60 Lehrlinge und zogen in einem Demonstrationszug zum Betriebsratsbüro. Das versetzte die IG Chemie-Bonzen in helle Aufregung. Es zeigte sich, wie verlogen all die großen Worte des Gewerkschaftsapparats vom angeblichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind. Keiner der Bonzen war bereit, auch nur einen Finger für die Lehrlinge zu rühren. Leere Versprechungen, das war alles, was sie für die Kollegen hatten.

Aber die Lehrlinge ließen sich nicht damit abspeisen. Sie setzten ihre Demonstration durch das Werk fort, um die anderen Kollegen über den Angriff der Hoechst-Kapitalisten zu informieren und um sie für den Kampf zu gewinnen. Diese Aktion war ein großer Erfolg für die Lehrlinge. Sie hat die jungen Kollegen darin bestärkt, ihren Kampf fortzusetzen, bis die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge erreicht ist.

Chemietarifrunde

Kampf dem 7% Lohnraub!

Fortsetzung von Seite 1

manövrieren und sich scheinbar an die Stimmung in den Betrieben anzupassen. Andernfalls würde er sich ja allzusehr als Instrument der Kapitalisten und als Feind der Arbeiterklasse entlarven. So läßt er nun plötzlich äußerst „radikal“ klingende Töne vom Stapel. Ein Beispiel dafür ist auch das Auftreten des Bezirksleiters Schweitzer, der in der Vergangenheit wegen seiner Abwiegeleien oft von den Kollegen ausgepfiffen worden war. Allerdings ist das Mißtrauen und die Skepsis gegenüber den Absichten der Gewerkschaftsbonzen unter den Arbeitern und kleinen Angestellten nach wie vor ziemlich stark. Mit der Vorbereitung der Urabstimmung wollen die Bonzen zunächst einmal Zeit gewinnen. Gleichzeitig initiieren die unteren Ebenen des Gewerkschaftsapparates, vor allem der Vertrauensleutekörper, bestimmte Aktionen, um ein Ventil für die Kampfstimmung zu schaffen und um die Kollegen trotz des schlechten Rufes der Bonzen noch an den Apparat zu binden.

Zu den Schlichtungsverhandlun-gen organisierte der Gewerkschaftsapparat eine Demonstration. 18 Busse mit fast 1.000 Leuten fuhren abends von Ludwigshafen in das 350 km entfernte Bad Neuenahr. Das Ganze lief unter dem Motto (das vor allem von den D„K“P-Revisionisten groß hinausposaunt wird): „Unserer Verhandlungskommission den Rükken stärken“. Als die Bonzen diese Aktion dann für beendet erklärten und aufforderten, in die Busse einzusteigen, weigerten sich viele zunächst. Sie wollten noch weiterdemonstrieren. Die Bonzen drohten daraufhin, auch ohne die Kollegen die Busse abfahren zu lassen. Am Dienstagvormittag vergangener Woche fand im Anschluß an eine Vertrauensleuteversammlung bei BASF ein Marsch durch das Werk statt, an dem sich insgesamt 1.000 Leute beteiligten.

Aber es gibt auch spontane Aktivitäten der Kollegen. So tauchten in den Betrieben Plakate auf, die von Kollegen angefertigt waren und auf denen geschrieben stand: 10,5% — Streik! Daran zeigt sich auch, daß die Losung, die jetzt überall von den Revisionisten und unteren Vertretern des Gewerkschaftsapparates verbreitet wird: ...

der 9,5 Prozent!“ nicht dem Willen der Kollegen entspricht. Die Massen wollen für eine höhere Forderung kämpfen. Im übrigen ist es jetzt schon klar, daß auch 9,5 Prozent nicht unter der Führung des Gewerkschaftsapparates durchgesetzt werden können.

Der Druckerstreik im vergangenen Jahr ist in dieser Hinsicht eine wichtige Lehre. Wochenlang hatten die Druckereiarbeiter gekämpft und gestreikt, hatten sowohl dem Aussperrungsterror als auch den Polizeieinsätzen die Stirn geboten. Und am Schluß mußten sie sich durch den Verrat des Gewerkschaftsapparats mit 6 Prozent abspeisen lassen. Der IG Chemie-Apparat hat, da er davon ausgeht, daß er um die Urabstimmung kaum mehr herumkommen wird, bereits eine Streikleitung gebildet, in der natürlich lauter Vertreter und ergebene Handlanger des Gewerkschaftsapparates sitzen, so der Ortsvorsitzende der IG Chemie, die Vertrauensleuteleitung, opportunistische Jugendvertreter usw. Die taktische Linie der Bonzen und Verräter lautet: auf keinen Fall die Kontrolle über die Bewegung verlieren. Demgegenüber müssen die Chemiearbeiter darum kämpfen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und die Sabotage- und Streikbrechertaktik des Gewerkschaftsapparats zunichte zu machen. Nur so können sie den Kapitalisten einen wirklichen Schlag versetzen und eine echte Lohner-

Kontaktbereichsbeamte in Westberlin

Spitzel gegen die Werktätigen

„Guten Tag, ich bin Ihr KOB. Demnächst soll hier eine Parade stattfinden. Wir fürchten Provokationen von anarchistischen Elementen, die auch Ihre Sicherheit gefährden. Wohnt hier im Haus jemand, der für diesen Kreis in Frage käme?" So wurden Bewohner des Westberliner Stadtteils Charlottenburg vor einiger Zeit in ihren Wohnungen angesprochen. Das war eine offene Aufforderung, sich als Spitzel und Denunziant für die Polizei zu betätigen und ihr bei der Unterdrückung einer Demonstration gegen den provokativen Aufmarsch von amerikanischen Besatzertruppen behilflich zu sein. „KOB" ist die Abkürzung für „Kontaktbereichsbeamter". Das KOB-System wurde 1974 in Westberlin im Rahmen der Polizeireform eingeführt. Auch in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik gibt es inzwischen KOBs, z. B. in Dortmund, München, Bremen, Darmstadt u. a.

Die Bourgeoisie macht unter dem Schlagwort „Bürgernahe Polizei" Propaganda für diese „Neuerung". Denn der „Kontaktbereichsbeamte" ist ein speziell geschulter Polizist, der nicht irgendwo in einer Polizeiwache sitzt und dann zum Einsatz kommt, wenn ein entsprechender „Vorfall" gemeldet wird. Der KOB ist vielmehr einem bestimmten „Kontaktbereich", in den meisten Fällen einem Wohnviertel, zugeteilt. Darin soll er alles beobachten, soll er feste Verbindungen und ein „Vertrauensverhältnis" zu bestimmten Personen, vor allem zu Hauswarten, unterhalten, soll er über alles Bescheid wissen und sich auskennen, wie in seiner Westentasche. Der KOB ist im übrigen mit einem eigens konstruierten Kleinsprechfunkgerät ausgerüstet, das es ihm ermöglicht, mit sämtlichen Stellen der Polizei, vom Streifenwagen angefangen bis zum „SEK" (Spezial-Einsatzkommando) ständig Verbindung zu halten und darüber hinaus auch zum Verfassungs- und Staatsschutz.

Unter der werktätigen Bevölkerung besteht ein tiefes Mißtrauen und Argwohn gegenüber dieser „Bürgernähe" der Polizei. Auch besteht eine unverkennbare Ähnlichkeit zwischen dem KOB-System und dem „Blockwartsystem" unter Hitler bzw. ähnlichen Einrichtungen, die in der DDR existieren. Das berüchtigte „Blockwartsystem" unter Hitler diente bekanntlich dazu, jede Opposition in der Bevölkerung gegen die Naziherrschaft aufzuspüren, damit die Schergen des Hitler-Staates eingreifen und sie möglichst schon im Keim erstikken konnten.

Daß solche Vergleiche mit den KOBs hergestellt werden, wollen die zuständigen Herren in Justiz und Polizei jedoch auf keinen Fall dulden. So wird demnächst der kommunistische Student Reinhold H. in Westberlin vor Gericht stehen, weil er bei einer Kundgebung der KPD/ML die KOBs mit Hitlers Blockwarten verglichen haben soll.

Demgegenüber versuchen sie den Werktätigen weiszumachen, die KOBs seien für ihre Sicherheit eingerichtet, sie hätten den Zweck, die ständig wachsende Kriminalität einzudämmen. Nach den Worten des Darmstädter Polizeipräsidenten Bernet sollen die Kontaktbereichsbeamten „den Bürgern ein verstärktes Sicherheitsgefühl vermitteln". Diese Propaganda ist jedoch genauso heimtückisch wie verlogen. Schon seit längerem wird die Polizei unaufhörlich verstärkt, ausgebaut und aufgerüstet. Gesetze wurden erlassen, die der Polizei mehr Spielraum und freie Hand bei ihren Einsätzen geben, die sogar den Todesschuß legalisieren usw. usf. Wurde dadurch die Kriminalität eingedämmt? Wurde die Aufklärungsquote bei Verbrechen wie z. B. Raub, Überfällen, Diebstahl, Sexualverbrechen, Rauschgifthandel usw. erhöht? Das Gegenteil ist der Fall. Die Unsicherheit in dieser Hinsicht ist rapide angewachsen.

Und nicht nur das — man muß sich zunehmend nicht nur vor solchen Verbrechern fürchten, sondern auch vor denen, die uns angeblich vor ihnen schützen: vor der Polizei. Die Zahl der werktätigen Menschen und der Jugendlichen, die ohne jeden Grund oder wegen kleiner Vergehen (wie z. B. Verkehrsübertretungen) von der Polizei brutal zusammengeschlagen, angeschossen und immer häufiger dabei mit dem Leben bezahlen, wächst. Und das ist kein Wunder und kein Zufall. Es ist ein Ausdruck davon, daß der Ausbau der Polizei in Wahrheit gar nicht darauf abzielt, die Kriminalität zu bekämpfen, sondern darauf, den Kampf der arbeitenden Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Kapitalismus zu unterdrücken, wobei z. B. die Jagd auf sogenannte „Terroristen und Anarchisten" nur einen Vorwand bildet, um die Verfolgung und Unterdrückung der revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem der marxistisch-leninistischen Partei, zu verschärfen und um die Faschisierung des Staatsapparates voranzutreiben.

Daß die Einrichtung des KOB-Systems genau diese Stoßrichtung hat, bezeugen die eigenen Worte eines KOBs, des Polizeikommissars Bösch, der in Westberlin im „Abschnitt 31" tätig ist. Bösch gegenüber der Zeitschrift „Die Zeit": „Ich habe keine Schwierigkeiten mit den Bürgern, wenn sie nicht politisch links sind. Sinn der Reform ist es unter anderem, die Linken besser in den Griff zu bekommen." Die Worte eines anderen KOBs, der ebenfalls im „Zeit-Magazin" zitiert wird, sprechen auch eine sehr eindeutige Sprache in dieser Hinsicht. Dieser KOB, der für Studentenwohnheime zuständig ist, verteilt im Gegensatz zu seinen in anderen Wohnbereichen tätigen Kollegen keine Visitenkarten unter den Bewohnern. Auch kennen ihn nur einige Eingeweihte, wie etwa der Pförtner der Technischen Universität oder der Hauswart des Studentenheims. Seine Streifzüge macht er grundsätzlich nur in Zivil, „um nicht als Polizist erkannt zu werden", wie er selbst zugibt. „Zwar bin ich kein Spitzel in dem Sinne, aber wenn mich die Studenten im Wohnheim erkennen würden dann würde meine Arbeit viel schwerer werden." Hier geht es ganz klar um die Beobachtung von Studenten und speziell um die Bespitzelung revolutionärer Studenten.

In der Hauptsache ist das KOB-System natürlich gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung geschaffen worden. Auch heute werden bereits KOBs gegen kämpfende Arbeiter eingesetzt, so z. B. in Westberlin beim Streik der Druckereiarbeiter im vergangenen Jahr. KOBs suchten damals Druckereibetriebe auf, um herauszufinden, ob es zu Streiks kommt, ob mit Streikposten und Auslieferungsblockaden zu rechnen sei usw.

Die KOBs haben Anweisung, sich auf jeden Fall Verbindungen mit allen Hauswarten in ihrem Bereich zu schaffen. Ähnlich wie die Blockwarte unter Hitler sollen die Hauswarte als verlängerter Arm der Polizei, als Spitzel und Denunzianten fungieren, sollen sie eine umfassende Beobachtung und Überwachung der Bevölkerung bis in die Familien hinein ermöglichen. Aber genau genommen ist das KOB-System noch perfekter angelegt, als das Blockwartsystem. Der KOB stützt sich, wie es in dem erwähnten Artikel im „Zeit-Magazin" heißt, nicht nur auf die Hauswarte, sondern auch auf weitere „polizeilich relevante Personen, wie Gastwirte, Taxifahrer und Prostituierte, die ihre soziale Umgebung besonders gut kennen". In dem Artikel wird im übrigen am Beispiel eines Westberliner Hauswartsehepaares namens Suppé sehr plastisch gezeigt, wie die „Zusammenarbeit" zwischen KOB und Hauswartsleuten aussehen soll: „Also wissen Sie, Herr Wachtmeister", quasselt Elsa Suppé, „der Türke über uns, da geht alle fünf Minuten die Wasserspülung, da stimmt doch was nicht."

Der Westberliner Polizeipräsident Hübner stellte einen Katalog von Aufgaben und Pflichten für die KOBs auf, der einen Eindruck darüber vermittelt, wie die KOBs vorgehen sollen, um der Polizei eine umfassende Kontrolle der Bevölkerung und möglichst genaue Kenntnisse über die revolutionären Kräfte und Organisationen und über ihre Verbindungen zu den werktätigen Massen zu ermöglichen. So soll laut Hübner der KOB ein „Vertrauensverhältnis" mit den Anwohnern aufbauen. Das bedeutet im Klartext: Er soll sich ein Netz von Denunzianten und Spitzeln schaffen und soll zudem versuchen, jedermann auszuhorchen.

Ferner soll der KOB die „soziale Struktur" seines Bereichs genau kennen und er soll sich möglichst über alle Personen in seinem Bereich Kenntnisse verschaffen. Mit anderen Worten: Er soll herausfinden, wer ist von den Bewohnern eine „potentielle Gefahr" (Arbeiterfamilien), auf wen kann sich die Polizei dagegen im Kampf gegen „Unruhestifter" und „Linksextremisten" stützen? Wo sind eventuelle „Brandherde", falls „soziale Unruhen" ausbrechen? Wer ist „ein Roter", ein Kommunist? usw. usf. Laut Hübner hat der KOB auch die Aufgabe, „eine ständige Lageauswertung" zu machen, um gegebenenfalls „aufgrund seiner genauen Ortskenntnis die Durchsuchung von Häuserblocks zu leiten". Er hat mit den Schulleitungen der ansässigen Schulen Kontakt aufzunehmen usw.

Hübner betont desweiteren, daß der KOB darauf achten muß, welche Plakate auftauchen sowie Schriften, die eine „Befürwortung von Gewalt" beinhalten (d. h. die für den revolutionären Klassenkampf Stellung nehmen). Er habe darauf zu achten, welche Kioske solche Schriften (z. B. den „Roten Morgen") in ihrer Auslage haben usw. Er hat laut Hübner auch gegebenenfalls die Beschlagnahmung solcher Schriften zu veranlassen.

All das macht deutlich, daß das KOB-System ein Element der Faschisierung ist, daß es in der Perspektive darauf abzielt, die werktätige Bevölkerung einer möglichst totalen Kontrolle durch den Polizeiapparat der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu unterwerfen.

Das KOB-System zeigt jedoch auch, daß zwischen dem sogenannten „demokratischen" Regime, das bei uns besteht, und dem Faschismus keineswegs eine tiefe Kluft besteht. Die sogenannte „Demokratie" bei uns ist nur eine bestimmte Form der Diktatur der Kapitalistenklasse über das arbeitende Volk. Je mehr der Kampf der Werktätigen gegen den Kapitalismus an Umfang und Schärfe zunimmt, desto mehr treibt die Bourgeoisie die Faschisierung voran. Und wenn die gegenwärtige Form ihrer Herrschaft nicht mehr genügt, um den revolutionären Klassenkampf niederzuhalten, versucht sie den Faschismus zu errichten. **Deshalb muß der Kampf gegen die Faschisierung mit dem Ziel geführt werden, eines Tages das werktätige Volk zum gewaltsamen Sturz dieses Ausbeuterstaates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in der sozialistischen Revolution zu führen.**

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Schering-Betriebsräte Hand in Hand mit der Klassenjustiz

Daß man in unsere Betriebsräte und Gewerkschaftsbonzen kein Vertrauen setzen kann, daß sie jeden berechtigten Kampf der Kollegen, sei es auch um kleine Dinge im Betrieb , zu hinterlaufen versuchen, haben wir im „Roten Rührwerk" schon oft nachgewiesen. Nun kommt ein neues Steinchen in dem Bild hinzu, das uns auch deutlich zeigt, was uns Kollegen erwartet, wenn es bei uns am Betrieb zu Arbeitskämpfen kommt, die über den von der Gewerkschaft genehmigten Rahmen hinausgehen.

Was ist passiert?

Wie jeder von uns weiß, wurden Ende letzten Jahres die Hochschulen in Westberlin bestreikt. Dieser Streik der Studenten richtete sich in erster Linie gegen die geplante Entlassung von vier fortschrittlichen und kommunistischen Professoren. Durch die geschlossene Front konnte hier ein Sieg errungen werden. Die vom Berufsverbot Betroffenen mußten weiterbeschäftigt werden. Das war eine schwere Schlappe für den Senat und er reagiert natürlich entsprechend. Jetzt werden an der Technischen Universität gegen zwei und an der Freien Universität gegen 27 Studenten sogenannte Ordnungsverfahren angestrebt. An der TU wurden sie aber erst einmal dadurch verhindert, daß die Studenten den Sitzungssaal einfach versperrten, so daß niemand reinkonnte!

Für die angeklagten Studenten würde ein Ordnungsverfahren für ein oder mehrere Semester Studienverbot bedeuten. **Ihr „Verbrechen"?** Sie haben, wie es jeder klassenbewußte Kollege auch tun würde, wenn ein Streik mehrheitlich beschlossen wird, **Streikposten** gestanden.

Was haben wir nun damit zu tun?

Wir würden darüber nicht berichten, wenn nicht zwei Betriebsratsbonzen von Schering — die ja jetzt gerade immer lauter tönen: „Mehr schaffen mehr" (Aktion 77) — neben jeweils zwei Richtern am Amts- und Kammergericht in der Kommission sitzen würden, die die Studenten verurteilen soll, nämlich Herr Erkau an der FU und Herr Pattusch an der TU.

Das beweist, daß die Gewerkschaftsbonzen jederzeit bereit sind, gegen jeden gerechten Kampf der Bevölkerung vorzugehen. Und daß sie das nicht nur in den Betrieben tun, sondern auch vom Staatsapparat hinzugezogen werden, um Kämpfe, die in anderen Bereichen stattfinden, zu unterdrücken. Dies wird zu dem Zweck getan, um den Anschein zu erwecken, als seien auch die Kollegen, die Arbeiter gegen einen Streik an der Uni.

Andererseits sieht man aber daran, daß der Gewerkschaftsapparat auch direkt mit dem Staatsapparat verfilzt ist, daß er ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse gegen das Volk ist. Denn was ist es anderes, wenn Gewerkschaftsbonzen zur Aburteilung von Streikenden herangezogen werden und mit der Klassenjustiz gemeinsame Sache machen? Ein bezeichnendes Licht auf den allgemeinen reaktionären Charakter des ganzen Gewerkschaftsapparates wirft es auch, daß niemand gegen diese unheimliche Sauerei Stellung nimmt. Das heißt, daß diese Machenschaften von dem ganzen Bonzenapparat in trauter Eintracht gedeckt werden, weil alle im Grunde damit einverstanden sind.

Nieder mit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat!

Vorwärts beim Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Gesundheits"fürsorge" bei Siemens

Im Ernstfall kann es uns das Leben kosten

Erneut müssen wir auf die katastrophale, völlig unzureichende ärztliche Versorgung im Betrieb zu sprechen kommen. Vor rund zwei Wochen kippte ein Kollege während der Arbeit um. Weder Werksärztin noch Krankenschwester waren im Betrieb. Eine geschlagene halbe Stunde lag der Kollege am Boden, bis endlich ein Notarztwagen von draußen kam. Eine halbe Stunde Wartezeit, bis der Arzt kommt — im Ernstfall kann das den Tod bedeuten.



Wir haben im „Roten Lautsprecher" schon mehrfach die schlechte medizinische Versorgung bei Siemens angeprangert.

— Selbst wenn die Ärztin im Betrieb ist, hält sie es offensichtlich unter ihrer Würde, in die Produktionsabteilung zu kommen. Sogar von Kolleginnen, die ohnmächtig geworden sind, wird verlangt, daß sie zur Ärztin hochgetragen werden.

— Als normale Arbeiterin kommt man ohnehin nur selten zur Ärztin durch. Meistens wird man von der Krankenschwester mit irgendwelchen Pillen abgefertigt.

Der Erste-Hilfe-Raum ist eine reine Gerümpelkammer, in der sich nur einige Tragen befinden und der gar nicht benutzt werden kann.

— Jetzt haben die Siemens-Kapitalisten erneut auf Kosten unserer Gesundheit gespart. Die Werksärztin wird — statt wie bisher jeden Vormittag — in Zukunft nur noch drei Vormittage in der Woche im Betrieb sein.

Die Siemens-Bosse wissen genau, daß mit dieser erneuten drastischen Verschlechterung der ärztlichen Versorgung unsere Gesundheit noch stärker als bisher gefährdet wird. Aber das kümmert sie nicht. Für die zählt nur der Profit. Gegen diese skrupellose Profitgier müssen wir für eine Verbesserung der medizinischen Versorgung kämpfen.

Die ganze Woche muß ganztags eine Ärztin im Betrieb sein!

Jede Kollegin und jeder Kollege muß das Recht haben, vom Arzt persönlich untersucht und behandelt zu werden!

Die gegenwärtige Gerümpelkammer muß zu einem tatsächlichen Erste-Hilfe-Raum ausgerüstet werden!

Revisionistisches

EINE TRANSAKTION AUF DEM SPIELERMARKT

In den letzten Wochen erregte das Thema „Beckenbauer" die westdeutsche Öffentlichkeit. Wieder einmal wurde mit aller Deutlichkeit klar, wie wenig der bundesdeutsche Fußball noch mit Sport zu tun hat, wie sehr auch hier das Geld regiert.

Daß es in der Sowjetunion nicht anders ist, zeigt eine Affäre, die im Januar 1977 durch eine Veröffentlichung in der revisionistischen „Komsomolskaja Prawda" Aufsehen erregte. Ein junger, 23jähriger Fußballspieler aus Duschanbe, ein „aufgehender Stern am Fußballhimmel", wie die Zeitung schreibt, namens E. Gess, war von einem Verein aus der höchsten Liga unter mysteriösen Umständen abgeworben worden. Dabei kam heraus, daß der Trainer dieser Mannschaft aus Odessa systematisch talentierte Spieler anderer Vereine mit Geldversprechungen abwarb. So war es auch bei E. Gess gewesen, der offen zu dem Korrespondenten der Zeitung sagte: „Wenn rechtzeitig ein Auto ‚herausgesprungen' wäre, wäre ich in Duschanbe geblieben, hätte ich hier noch ein Weilchen gespielt." Wenn schon ein Spieler aus der 2. Liga wie E. Gess Auto und Wohnung erhalten soll, was bekommen dann wohl die sowjetischen Spitzenstars wie Blochin, Onitschenko usw.?

Der sowjetische Fußball ist heute genau so entartet wie der westdeutsche. Auch in der Sowjetunion herrscht längst der Professionalismus, obwohl die revisionistischen Sportfunktionäre immer noch behaupten, daß es sich bei den sowjetischen Sportlern um reine Amateure handle. Nominell zwar studiert ein sowjetischer Fußballspieler, oder er wird in den Lohnlisten der Armee geführt, in Wirklichkeit macht er aber genau wie bei uns nichts anderes, als die ganze Zeit Fußball zu spielen und zu trainieren. Der sowjetische Fußball hat auch nicht mehr ein Gran des proletarischen Sports in sich.

FRANZÖSISCHE REVISIONISTEN FÜR ATOMMACHT

Georges Marchais, der Boß der französischen Revisionisten, überraschte letzte Woche die Öffentlichkeit und auch viele Anhänger seiner eigenen Partei mit folgender Erklärung: „Die nukleare Bewaffnung Frankreichs ist heute eine Tatsache. Sie stellt das einzige Mittel einer realen Abschreckung dar, über das das Land verfügt, um der Drohung eines Angriffs entgegenzutreten."

Noch in dem sogenannten „Volksfrontprogramm", auf dessen Grundlage die konterrevolutionäre Allianz von Revisionisten und Sozialdemokraten die Regierungsgeschäfte für die Bourgeoisie übernehmen will, wird die Abschaffung der französischen Atomstreitmacht gefordert. Wie begründet nun Marchais den plötzlichen Kurswechsel seiner Partei? Ganz im Stil des Reaktionärs De Gaulle tönt er von der „Entschlossenheit, mit allen Mitteln die Souveränität unseres Landes, die Sicherheit der friedlichen Arbeit seines Volkes zu verteidigen".

Aber wann hätten jemals die französischen Imperialisten ihren Militärapparat zur Verteidigung der Interessen des Volkes eingesetzt? Das Jahr 1968 ist nicht vergessen, als eben dieser Apparat Gewehr bei Fuß stand, um die revolutionäre Bewegung im Blut zu ersticken. Nicht vergessen sind Vietnam, Algerien, wo die französischen Imperialisten mit diesem Apparat ihre Kolonialherrschaft behaupteten, bis sie von den kämpfenden Völkern davongejagt wurden.

Eine imperialistische Armee kann niemals etwas anderes sein als ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie nach innen und außen.

Tausende von Studenten im Kampf

Weg mit den reaktionären Hochschulgesetzen!

Überall in der Bundesrepublik und in Westberlin stehen die Studenten im Kampf gegen die politische Unterdrückung und die Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen. Bei Redaktionsschluß streikten die Studenten an zwanzig Fachhochschulen und dreizehn medizinischen Fakultäten. Ebenfalls im Streik stehen die Studenten der Universitäten Hamburg, Hannover, Oldenburg und Bielefeld. An zahlreichen anderen Universitäten laufen zur Zeit Urabstimmungen für einen Streik, der am 16. Mai beginnen soll.

Die Lage der Studenten hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr verschlechtert. Tausende werden bereits durch den Numerus clausus an den Toren der Universität abgewiesen. Überfüllte Hörsäle und Seminare, unzureichende Arbeitsplätze für die Chemiker, Physiker und Mediziner lassen ein reguläres Studium oftmals gar nicht zu. Der Prüfungsterror läßt die Studenten unter einem ständigen Druck leben, so daß bereits jetzt 40% aller Studenten ihr Studium vorzeitig abbrechen. Hohe Mieten für eine Studentenbude, die Verteuerung der Lebensverhältnisse und ein BaföG-Satz von höchstens 580 DM im Monat zwingen den, der keine reichen Eltern hat, zu großen Einschränkungen oder zur Arbeit neben dem Studium.

Diese Situation ist das Produkt der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der Angriffe des kapitalistischen Staates auf die Lebensverhältnisse der Werktätigen, die auch die Studenten hart treffen. Seit der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre haben die Regierungen des Bundes und der Länder außerdem Schritt für Schritt die politische Freiheit der Studenten an den Universitäten und Hochschulen weiter eingeschränkt, um schließlich mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes und der jetzt kurz vor der Verabschiedung stehenden Länderhochschulgesetze den Studenten

— das Recht auf die allgemeinpolitische Betätigung an den Hochschulen zu verbieten (Verbot der revolutionären Agitation und Propaganda, Maulkorb für alle Studenten.);

— die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen und die Universitäten praktisch der direkten Staatsaufsicht zu unterstellen;

— fortschrittliche und revolutionäre Studenten durch ein faschistisches Ordnungsrecht von den Universitäten werfen zu können.

Der Kampf der Studenten und ihre Forderungen:

„Weg mit den reaktionären Hochschulgesetzen!"

„Freiheit der revolutionären und fortschrittlichen Betätigung!"

„Für 690 DM BaföG sofort! Elternfreibetrag 1.500 DM!" und andere sind gerecht. Deshalb haben unsere Partei und die Sektion der Roten Garde an den Universitäten, der KSB/ML, diesen Kampf und die Forderungen der Studenten von Anfang an unterstützt. Auf Flugblättern und Kundgebungen riefen die Genossen des KSB/ML die Studenten zum Kampf auf, sie organisierten Streikposten und vertraten auf den studentischen Versammlungen das revolutionäre Programm der Partei.

Der Feind der Studenten in ihrem Kampf ist der bürgerliche Staat, der die Interessen der kapitalistischen Monopole vertritt. Dies zeigt sich nicht nur an den Gesetzen, die in der letzten Zeit gegen die Studenten erlassen worden sind, sondern auch an den brutalen Polizeieinsätzen. In Hamburg überfielen Polizisten die Studenten, die in das Amtszimmer des Universitätspräsidenten eingedrungen waren, brutal mit „Chemical Mace" und Gummiknüppeln. In Westberlin riegelten Polizisten das Clubhaus der „Freien Universität" ab und vertrieben die Studenten mit brutaler Gewalt, als diese den sofortigen Abbruch der Relegationsverhandlungen gegen ihre Kommilitonen forderten, unter denen auch unser Genosse Wolfgang Mentzel ist. Mehrere Studenten wurden festgenommen, einige, auf die die Polizisten bis zur Bewußtlosigkeit einschlugen, verletzt. In Hamburg heuerte die Universitätsbürokratie außerdem eine faschistische Wachtruppe als Schlägerbande gegen die Studenten an und beschloß, um den Kampf der Studenten abzuwürgen, die Schließung der gesamten Universität mindestens am 16. Mai.

Um den Kampf der Studenten abzuwürgen und in reformistische Bahnen zu lenken, entfalteten auch die modernen Revisionisten und die trotzkistischen und opportunistischen Gruppen eine rege Aktivität. Vor allem die modernen Revisionisten, der MSB, versuchten von Anfang an, die Studenten vom unversöhnlichen Kampf gegen den kapitalistischen Staat abzubringen. Sie gaben die Losung der Mitbestimmung aus, um die Illusion zu erzeugen, daß die Organe des kapitalistischen Staates von den Studenten wenigstens teilweise erobert werden könnten und ein Ausgleich der Interessen möglich sei.

Außerdem propagierten sie für die Dauer des Streiks das Konzept einer „demokratischen Gegenuniversität", damit die Studenten nicht mehr an den Kampf denken sollen, sondern, wie in Hamburg, den reaktionären Thesen der aus Moskau und der DDR angereisten Professoren und Studentenfunktionäre lauschen sollen. Mit ihrer „Gegenuniversität" versuchten sie gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, als ob sich die Studenten in der kapitalistischen Gesellschaft einen „Freiraum" erkämpfen könnten, der es ihnen ermöglicht, eine revolutionäre und fortschrittliche Forschung zu betreiben. Gleichzeitig hetzten die modernen Revisionisten gegen die revolutionäre Gewalt, indem sie sie als „Provokation" bezeichneten, die den Terror des Staatsapparates heraufbeschwöre. Im Kampf gegen die revisionistischen Abwiegler gelang es den Genossen des KSB/ML an der Fachhochschule in Köln (Fachschaft Sozialwissenschaften) den revisionistischen Fachschaftsrat durch einen Mißtrauensantrag zu stürzen.

Alle diese Losungen und Konzepte der modernen Revisionisten haben den Zweck, die Studenten zu entwaffnen und vor allem den einzigen Ausweg aus ihrer Lage zu verdunkeln: den konsequenten revolutionären Kampf gegen den bürgerlichen Staat, das Bewußtsein, daß, solange die kapitalistische Ausbeuterordnung existiert, auch die Universität den Interessen und dem Diktat der kapitalistischen Ausbeuter unterworfen bleibt, daß deshalb die einzige Lösung für die Probleme der Studenten nur die sozialistische Revolution im Bündnis und unter der Führung der Arbeiterklasse sein kann.

Polizeiterror in Italien

Ausnahmezustand in Rom. Wieder ließ die italienische Bourgeoisie ihre Polizeitruppen das Feuer auf eine Demonstration eröffnen. Ein junges Mädchen starb unter ihren Kugeln, es gab Schwerverletzte. Zwei Demonstranten liegen, von Tränengasgranaten getroffen, in — wie es heißt — „bedenklichem Zustand" im Krankenhaus.

Mehrere Tausend hatten sich auf der Piazza Navona zu einer Kundgebung gegen das reaktionäre Bündnis von Staat und Kirche versammeln wollen. Aber die Polizei hatte alle Zugänge zu dem Platz mit bewaffneten Einheiten gesperrt. Rom steht seit den scharfen Kämpfen vom April praktisch unter Notstandsrecht. Die Bourgeoisie hat ein totales Versammlungsverbot über die Werktätigen verhängt. Innenminister Cossiga hat der Polizei ausdrücklich die faschistische Anweisung gegeben, Demonstrationen und Kundgebungen mit Waffengewalt aufzulösen.

Aber auch dieser reaktionäre Terror kann den Kampf der Werktätigen nicht ersticken. So setzten sich auch in der letzten Woche die Massen mutig zur Wehr, errichteten Barrikaden aus Pflastersteinen und setzten Polizeiautos in Brand. Wie in den vergangenen Wochen und Monaten hat sich auch jetzt wieder gezeigt, daß die italienischen Werktätigen nicht bereit sind, die Angriffe der Bourgeoisie kampflos hinzunehmen. Davon zeugen die Massendemonstrationen der Arbeiter gegen Lohnraub und Entlassungen, davon zeugen die militanten Kämpfe der Studenten gegen die sogenannte Bildungsreform und den Polizeieinsatz an den Universitäten.

Während sich die Klassenkämpfe immer mehr zuspitzen, während auf den Straßen das Blut der Arbeiter, der Jugendlichen vergossen wird, sitzen die Führer der Revisionisten mit den Chefs der christdemokratischen Regierung am Verhandlungstisch. Sie dienen sich der Bourgeoisie an, um die Lasten der wirtschaftlichen Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. So erklärte der revisionistische Gewerkschaftsboß Lama offen, es sei notwendig, die Lohnkosten zu senken und gegen das „Krankfeiern" der Arbeiter vorzugehen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Die Revisionisten stehen auch bereit, um in der jetzigen tiefen politischen Krise die Regierungsgeschäfte für die Bourgeoisie zu übernehmen. Schon seit längerem fordern sie die Bildung einer Notstandsregierung unter der Beteiligung aller bürgerlichen Parteien, um die Kräfte der Bourgeoisie gegen die anbrandende Massenbewegung zusammenzufassen.

Aber auch ein Berlinguer als Minister kann die Bourgeoisie nicht aus der Krise retten, ihren Untergang nicht abwenden. Gerade das offene Eintreten der Revisionisten für den Notstandsterror, ihre wüsten Beschimpfungen der Revolutionäre als „Vandalen" und „Faschisten" öffnen immer mehr Werktätigen die Augen über das wahre Wesen dieser Reaktionäre. So nehmen heute die Kämpfe der Massen immer mehr einen antirevisionistischen Charakter an, während auf der anderen Seite der Einfluß der wirklichen Kommunisten, der KPI/ML, ständig zunimmt.

Vom Aufbau des Sozialismus

DER STAAT HILFT SOFORT

Vor kurzem war im Dorf Bastar, im Bezirk Tirana, ein Erdrutsch erfolgt, wobei etliche Wohnhäuser und einige Wirtschaftsgebäude zerstört wurden. Um weiteren Gefahren vorzubeugen und der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, beschloß der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, daß in einer möglichst kurzen Frist 35 Wohnhäuser im Dorf Zall-Bastar gebaut werden und zwar bis spätestens 30. Juni 1977.

Alle Ausgaben werden vom Staat getragen. Zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrats bildete das Exekutivkomitee des Bezirksvolksrates Tirana einen Stab für die Leitung der Bauarbeiten. Ingenieure arbeiteten den Plan für das neue Dorf mit 35 Wohnhäusern und den Verwaltungsgebäuden der Landwirtschaftlichen Genossenschaft aus. Ferner sollen eine Achtjahrschule, eine Kinderkrippe und ein Kindergarten, ein Sanitätszentrum, Läden sowie die Wasserleitungen für diese neue Wohnsiedlung gebaut werden.

Der Bau des neuen Dorfes Zall-Bastar wurde zur Aktion der Arbeiterklasse der Hauptstadt erklärt. Mit revolutionärer Begeisterung begannen am 7. Mai 450 Freiwillige am Bau der neuen sozial-kulturellen Objekte zu arbeiten. Aus Anlaß der Aufnahme der Arbeiten war auch der erste Sekretär des Bezirksparteikomitees Tirana Quirjako Mihali erschienen. Zugegen waren ferner Leiter der Volksmacht des Bezirkes Tirana.

Die Freiwilligen haben beschlossen, zu Ehren des 8. Kongresses des Gewerkschaftsverbandes Albaniens die Arbeiten vorfristig zu beenden. Alle arbeiten unter dem Motto: „Schnellstmöglich die Folgen der Naturkatastrophe beheben." Diese Aktion wird die Arbeiterklasse zu einer großen Schule der revolutionären Erziehung machen, um das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern weiter zu festigen.

EHRUNG FÜR DIE HELDEN DES BEFREIUNGSKAMPFES

Der 5. Mai wird in Albanien als Heldengedenktag begangen. Das albanische Volk gedenkt in tiefer Achtung und Dankbarkeit all seiner Söhne und Töchter, die in den stürmischen Jahren der Volksrevolution ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, für die nationale und soziale Befreiung hingaben. Im antifaschistischen nationalen Befreiungskampf, dem tapfersten Kampf mit dem größten Blutzoll, den die Albaner in ihrer ganzen Geschichte geführt haben, gaben 28.000 Söhne und Töchter des albanischen Volkes ihr Leben hin.

Zum Heldengedenktag am 5. Mai wurden und werden im ganzen Land eine Reihe Aktivitäten organisiert. An den Gräbern wird den Gefallenen Ehre erwiesen, den Familien der gefallenen Helden werden Besuche abgestattet, es finden Zusammenkünfte der jungen Generation mit Veteranen des nationalen Befreiungskampfes statt, die Episoden über das Heldentum derer, die für die nationale und soziale Befreiung ihr Leben hingaben, erzählen. Es wird das Museum des Nationalen Befreiungskampfes besichtigt und es werden Ausflüge zu historischen Stätten organisiert, die mit der revolutionären Tätigkeit der Gefallenen und mit den Schlachten, die die Nationale Befreiungsarmee schlug, zusammenhängen. An diesem 5. Mai sind es 35 Jahre, seit der Held des Volkes, der hervorragende Führer der Jugend Albaniens und einer der aktivsten Führer der Kommunistischen Partei, Quemal Stafa, im Kampf mit den Feinden heroisch fiel. Dem 35. Jahrestag seines Todes sind zahlreiche politisch-gesellschaftliche und literarisch-künstlerische Aktivitäten gewidmet, die der revolutionären Klassenerziehung der jungen Generation dienen.

Sofortige Freilassung von Sascha Haschemi!

Seit bald 15 Monaten sitzt Sascha Haschemi, der wegen seiner angeblichen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, inzwischen in der Jugendstrafanstalt in Bamberg. Wäre Sascha kein politischer Gefangener, sondern ein „normaler Krimineller", wäre er bereits seit einigen Monaten wieder in Freiheit. Denn normalerweise wird das letzte Drittel der Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Bei Sascha dagegen hat das Amtsgericht Bamberg jetzt — nachdem ein entsprechender Antrag zunächst monatelang verschleppt wurde — diese Aussetzung der Reststrafe abgelehnt. Abgelehnt, weil Sascha Kommunist ist. Das geht aus dem Beschluß des Gerichts eindeutig hervor.

Ausdrücklich wird in dem Beschluß festgestellt, daß Sascha sich während der Haft „ruhig und unauffällig" verhalten habe. „Da bei ihm jedoch", heißt es weiter, „kein Sinneswandel dahin festzustellen sei, daß er Gewalt als Mittel zur Verfolgung seiner politischen Ziele ablehnen würde, sehe sich die Anstaltskonferenz nicht in der Lage, seine vorzeitige Entlassung zur Bewährung zu befürworten." Und: „Bereits die erkennenden Gerichte bringen zum Ausdruck, daß Haschemi aus einer in seiner Persönlichkeit wurzelnden falschen Willensrichtung latent zur Begehung von Straftaten bereit ist, einen Hang zum Fanatismus besitzt und generell die Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele als zulässiges Mittel ansieht ... Bei der Einstellung des Gesuchstellers ist auch nicht schwer abzusehen, wann er wieder in strafbare Handlungen verstrickt wird. (...) Eine vorzeitige Entlassung unter solchen Umständen ist jedoch nicht zu verantworten."

Mit dieser Begründung ist die Ablehnung der vorzeitigen Entlassung von Sascha nichts anderes als die Anwendung der faschistischen „Schutzhaft" gegen einen Kommunisten!



Genosse Sascha Haschemi

Ähnlich war die Begründung im Fall Heinz Barons, dem ebenfalls zunächst die Aussetzung seiner Reststrafe zur Bewährung abgelehnt wurde. Ähnlich war sie auch im Fall Klaus Kerchers, der sich dagegen wandte, sich zweimal die Woche bei der Polizei melden zu müssen.

Jedesmal argumentierte die Klassenjustiz, wer für die Anwendung von Gewalt bei der Verfolgung seiner politischen Ziele eintrete — und dazu reicht es bereits, den gewaltsamen Sturz dieses imperialistischen Staates für notwendig zu halten — sei ein „latenter Straftäter", ein Krimineller, vor dem man die Gesellschaft schützen müsse.

Was heißt das aber anderes, als daß dieser kapitalistische Staat auch Marx und Engels, würden sie heute leben, ins Gefängnis sperren würde? Was heißt das anderes, als daß politische Gesinnung mit Gefängnis bestraft wird? Mit der „Begründung", daß Kommunisten kriminell seien, lehnt die Bourgeoisie heute die Strafaussetzung von politischen Gefangenen ab — ein entsprechendes Gesetz ist bereits in Vorbereitung. Mit dieser Begründung kann sie aber auch das bereits bestehende Gesetz über die „Vorbeugehaft" und die „Sicherheitsverwahrung" gegen jeden Kommunisten und gegen jeden Arbeiter und Jugendlichen, der für Gewaltanwendung bei der Durchsetzung der Interessen der Werktätigen eintritt — also etwa für die Notwendigkeit von Streikposten — einsperren.

Noch geschieht das nicht auf einer breiten Front, noch wird mit dieser Begründung „nur" gegen einzelne Kommunisten vorgegangen. Gerade deshalb aber ist es notwendig, in diesen Fällen entschlossen den Kampf gegen solche Maßnahmen aufzunehmen, sie breit bekannt zu machen. Denn sie zeigen sehr deutlich den Charakter dieses Staates, der mit Geld- und Gefängnisstrafen reagiert, wenn man ihn eine „Diktatur der Bourgeoisie" nennt, oder von einer „Faschisierung des Staatsapparates" schreibt. Im Fall von Heinz Baron, wo die Partei und die Rote Hilfe Deutschlands entschlossen den Kampf aufnahmen, wo mit Aktionen und Telefonanrufen protestiert wurde, brachte die breite Solidarität einen Erfolg. Genosse Heinz Baron mußte doch vorzeitig freigelassen werden. Kämpfen wir auch Sascha frei!

Niedersachsen/Hessen

Neue Angriffe auf Demonstranten geplant

Wer in Zukunft bei einer Demonstration, gegen die die Polizei eingesetzt wurde, festgenommen wird, hat nicht nur mit einer Geld- oder Gefängnisstrafe wie bisher zu rechnen, sondern auch damit, daß er, zusammen mit anderen Demonstranten, die Kosten für den Polizeieinsatz tragen muß.

Das Oberlandesgericht Lüneburg in Niedersachsen entschied jetzt, daß Jugendliche, die 1971 in Hannover ein Haus besetzt hatten, den Polizeieinsatz, mit dem damals gegen die Hausbesetzer vorgegangen wurde, bezahlen müssen; und zwar unter anderem die Transportkosten für die aus Braunschweig herbeigeschaffte Landesbereitschaftspolizei, die Verpflegungskosten für die Polizisten und die Zulagen, die die Polizisten für solche Einsätze erhalten.

Es wird jetzt bereits davon gesprochen, daß dieses Verwaltungsgerichtsurteil auch auf die Demonstranten angewandt werden soll, die bei der Demonstration in Grohnde festgenommen bzw. verhaftet wurden. Von ihnen will die Klassenjustiz einen Betrag fordern, der in die Millionen geht.

Diese Entscheidung des Oberlandesgerichts in Lüneburg ist ein unglaublicher Angriff auf das Demonstrationsrecht. Es läuft praktisch darauf hinaus, daß in Zukunft — zumindest in Niedersachsen — jeder Demonstrant, der festgenommen wird, automatisch bestraft wird bzw. die meisten der Festgenommenen doppelt bestraft werden sollen. Für viele — denkt man etwa an den Polizeieinsatz in Grohnde — wird das auf eine lebenslange Verschuldung von Demonstranten gegenüber der Klassenjustiz bzw. der Polizei hinauslaufen.

Während die Bourgeoisie in Niedersachsen in Zukunft die Opfer des Polizeiterrors diesen Terror auch noch bezahlen lassen will, wird in Hessen ein anderer, schwerwiegender Angriff auf das Demonstrationsrecht geplant. Dort soll, so will es jedenfalls das Justizministerium, das Tragen von Helmen und Masken (also etwa zitronengetränkte Taschentücher vor dem Gesicht) auf Demonstrationen verboten werden, weil das eine „passive Bewaffnung" der Demonstranten bedeute.

Mit anderen Worten, man will, daß die Demonstranten in Zukunft völlig schutzlos den Knüppel- und Giftgaseinsätzen der Polizei gegenüberstehen! Was dabei von den Behörden einkalkuliert wird, kann man ermessen, wenn man weiß, daß etwa Bernd Woitalla, der ohne Helm in Brokdorf demonstrierte, von einem von der Polizei geworfenen Ziegelstein getroffen, eine so schwere Gehirnverletzung davontrug, daß er lange Zeit nicht mehr richtig sprechen konnte; daß in den letzten Jahren praktisch bei jedem Polizeieinsatz die Polizei mit ihren Knüppeln gezielt auf die Köpfe der Demonstranten einschlug und Schädelbrüche nach solchen Polizeieinsätzen die Regel sind.

Abgesehen von diesen skrupellosen Überlegungen, die hinter diesem Plan des hessischen Justizministers stecken, entlarvt dieser neue Plan sehr deutlich, daß die Bourgeoisie auch vor den lächerlichsten Argumenten nicht zurückschreckt, um revolutionäre Demonstrationen zu „Krawallen", „Gewalttätigkeiten" und die Demonstranten zu „Gewaltverbrechern" stempeln zu können.



Brutal schlagen die Polizisten auf den Kopf der Demonstranten

Nachdem in der Vergangenheit bereits Fahnenstangen und Schuhe auf Demonstrationen als „gefährliche Waffen" galten und ihre Träger wegen „gefährlicher Körperverletzung" verurteilt wurden, demonstriert man in Zukunft wohl am besten nicht nur barfuß, sondern auch ohne Hut und Taschentuch.



HANAU

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der vor einigen Wochen den 14jährigen Schüler Peter Lichtenberg erschoß, eingestellt. Staatsanwalt Andres: Dem Polizisten könne subjektiv aus strafrechtlicher Hinsicht keine Schuld nachgewiesen werden.

WESTBERLIN

Im Februar letzten Jahres hatten zwei Schüler des Kant-Gymnasiums in Westberlin-Spandau eine Wandzeitung gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft aufgehängt. Der Direktor der Schule ohrfeigte einen der Schüler und riß die Wandzeitung ab. Wegen dieses Vorfalls wurden jetzt auch in der Berufungsverhandlung die beiden Schüler zu 300 DM Geldstrafe plus Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Dem Direktor passierte nichts, obwohl acht Zeugen bestätigten, daß er den Schüler geschlagen hatte. Zur Unterstützung der beiden Schüler, die außerdem auch noch je 600 DM Ordnungsstrafe zahlen müssen, wurden bereits rund 900 DM gespendet.

BIELEFELD

Weil er presserechtlich verantwortlich war für ein Flugblatt, in dem unter anderem von „Polizeiterror" und „Ausbeuterstaat" die Rede war, wurde Jürgen T. in der Berufungsinstanz zu 400 DM Geldstrafe verurteilt.

HAMBURG

Bernd L. aus Hamburg, der am 19. 3. 77 an der Demonstration in Grohnde teilnahm und dort verhaftet wurde, muß sich noch immer jede Woche bei der Polizei melden. Wegen „versuchten Totschlages" und anderer angeblicher Straftaten besteht gegen ihn ein Haftbefehl. Mitte April, als ca. 150 Menschen Bernd L. aus Solidarität zur Polizeiwache begleiteten, überfiel die Polizei die unbewaffneten Demonstranten, brach einem einen Finger und ließ 11 erkennungsdienstlich behandeln.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf die Konten:
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PSchKto. Nr. 64 20-467,
PSchA Dortmund
Stichwort: SOLIDARITÄT

MANNHEIM

Aufgrund des § 88 a ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die „KVZ", die Zeitung des KBW, wegen ihrer Stellungnahme zum Attentat auf den Generalbundesanwalt Buback, in der es unter anderem heißt, daß es eine Reihe Gründe gäbe, Leute wie Buback zu erschießen. Der § 88 a, der im letzten Jahr im Bundestag durchgepeitscht wurde, wendet sich gegen die „Befürwortung der Gewalt" und ist das weitestgehende Gesetz gegen die Propagierung des revolutionären Klassenkampfes, das seit der Gründung der Bundesrepublik geschaffen wurde.

Genosse Martin Peleikis im Gefängnis

Am 10. 5. wurde Martin Peleikis, Verkaufsfahrer in einer Kieler Firma, von zwei Polizisten in Zivil direkt bei der Belieferung eines Kunden mitgenommen. Er durfte noch nicht einmal zu Ende kassieren, mußte Auto und Geld bei dem Kunden lassen, wo es später von der Firma abgeholt wurde.

Der Grund für diese Behandlung? Martin Peleikis hat 1974 ein Soldatenflugblatt der KPD/ML presserechtlich verantwortlich unterzeichnet. Weil in diesem Flugblatt der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die imperialistische Bundeswehr propagiert wurde, verurteilte die Klassenjustiz Martin zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung! Allein wegen seiner antimilitaristischen Gesinnung soll Martin jetzt also die nächsten sieben Monate im Gefängnis verbringen.



Die Partei in Neumünster hat inzwischen bereits den Kampf aufgenommen, um die Solidarität mit dem Genossen Martin zu organisieren. Gegenüber dem Gefängnis konnte man bereits in der letzten Woche die Parole „Freiheit für Martin Peleikis" lesen, in der Stadt wurden Flugblätter verteilt, die zur Solidarität aufriefen.

Schreibt dem Genossen Martin:
Martin Peleikis
JVA Neumünster
Boostedter Str. 30

Spenden

I. Nachtrag zur letzten Veröffentlichung:

21.3.	**Buchladen „Roter Morgen", Bremen, für die KPD/ML**	**329,00**

II. Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

1. Spenden für die KPD/ML

13.4.	B. B., Rielassingen	78,86
14.4.	C. W., Reutlingen	10,00
18.4.	W. G., Bielefeld	20,00
25.3.	Osterzeltlager der RG Bremen	36,36
26.4.	Arbeitertreff Barmbek, vom 15. 4., anläßlich des Roten 1. Mai	38,50
26.4.	Arbeitertreff Barmbek, vom 22. 4., anläßlich des Roten 1.Mai	36,61
26.4.	Arbeitertreff Barmbek, vom 11. 2.	11,36
26.4.	Veranstaltung Westberlin, 9. 1., für das Programm	2.055,00
28.4.	Skatrunde „Rotes Contra", Freiburg, anläßlich des Roten 1. Mai	70,00
29.4.	Roter 1. Mai-Stammtisch, Karlsruhe	101,00
Insgesamt:		**DM 2.457,69**

2. Spenden für die RKP Chiles

12.4.	KPD/ML Lübeck	27,83
12.3.	Verlobungsfeier Bergstr.	111,00
13.4.	G. W., Westberlin	50,00
13.4.	P. W., Immenstaad	50,00
13.4.	H. H., Gelsenkirchen	100,00
15.4.	K. K., Essen	50,00
18.4.	D. L., Essen	100,00
19.4.	KSB/ML Fachhochschule Frankfurt	24,50
21.4.	Leserrunde Wedding	43,00
25.4.	Kollegen aus dem Wedding	40,00
26.4.	Arbeitertreff Bremen	22,30
26.4.	Veranstaltung Westberlin vom 2. 4.	2.460,00
2.5.	Ortsgruppe Hamburg	1.504,89
2.5.	I. Sch., Karlsruhe	10 00
2.5.	Stammtisch, Neukölln	15,00
3.5.	Roter 1. Mai-Sammlung der OG Darmstadt	330,00
4.5.	OG Hamburg	49,50
Insgesamt:		**4.988,02**

3. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML

7.4.	R. D., Rüsselsheim	64,50
15.4.	Arbeitertreff Kiel-Dietrichsdorf	67,01
19.4.	KPD/ML Kiel	81,53
22.4.	Buchladen „Roter Morgen", München	124,00
26.4.	Buchladen „Roter Morgen", Westberlin	1.355,00
3.5.	K. F., Zellhausen	10,00
Insgesamt:		**DM 1.702,04**

4. Sonstige Spenden

14.4.	Kulturabend Freiburg (Bernd Woitalla)	123,00
19.4.	OG Kiel (Kambodscha)	45,00
21.4.	Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Stuttgart (Roter Morgen)	125,00
2.5.	Stammtisch Neukölln (Roter Morgen)	101,43
Insgesamt:		**DM 394,43**

Damit gingen insgesamt seit der letzten Veröffentlichung an Spenden ein: DM 9.542,18

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Wohnungen vom BKA durchsucht

Liebe Genossen!

Am 11. 5. hat die Karlsruher Polizei wieder Jagd auf die Attentäter Bubacks gemacht.

Ich wohne in einem großen Hochhaus mit über 300 Wohnungen. Als ich an diesem Tag nach Hause kam, war das ganze Haus von Polizisten umstellt. Fünf der sechs Fahrstühle waren abgestellt. Im 16. Stock wurde angeblich in einer Wohnung ein Attentäter vermutet. Überall im Gang sollten schwerbewaffnete Polizisten stehen. Einige kleinere Kinder waren dadurch so eingeschüchtert, daß sie sich kaum trauten, über den Gang in ihre Wohnungen zu gehen.

Als ich im 16. Stock aus dem Fahrstuhl stieg, stand sofort ein bewaffneter Polizist vor mir. Sechs andere standen im Flur, zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet!!!

Später erfuhr ich noch durch das Schreiben, das mir persönlich übergeben wurde, daß die Wohnungen des 16. Stocks durchsucht worden waren. Bei den Leuten, die nicht zu Hause waren, drang die Polizei ohne deren Wissen und ohne Durchsuchungsbefehl ein.

Das ist eine ungeheure Provokation gegenüber den Bewohnern. Polizisten stehen in einem Wohnhaus mit Maschinengewehren herum! Es ist doch schon mehr als einmal vorgekommen, daß ein Polizist „aus Versehen" auf einen völlig Unbeteiligten geschossen hat. Man braucht nur an den erschossenen Landwirt denken. Meine ganze Familie war über das Vorgehen der Polizei empört.

Rotfront!
Eine Genossin aus Karlsruhe.

Kneipengäste bespitzelt

Liebe Genossen!

Im „Roten Morgen" 16/77 habt ihr auf der letzten Seite über einen Polizeiüberfall auf ein Frankfurter Jugendhaus berichtet, der unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung" durchgeführt wurde.

Wir möchten hierzu noch weiteres berichten:

Eine Wirtin in einer Frankfurter Kneipe erzählte uns folgendes: In einer Nacht kamen 35 Bullen mit MPs bewaffnet, umstellten und durchsuchten das ganze Haus. In der Kneipe kontrollierten sie alle Ausweise.

Als die Wirtin nach der Arbeit nach oben in ihre Wohnung wollte, durchsuchten die Bullen gerade die Wohnung über ihr, in der vier Studenten wohnen. Die Bullen bedrohten sie und fragten sie, was sie wolle. Als sie sagte, sie wohne dort, wollten die Bullen auch noch in ihre Wohnung eindringen und dort herumschnüffeln.

In den nächsten Tagen kamen noch einmal Zivile in die Kneipe und kontrollierten die Ausweise. Ein Gast, der nur ein paar Häuser weiter wohnt und auf ein Bier vorbeigekommen war, hatte seinen Ausweis nicht dabei. Er wurde von den Bullen auf die Wache geschleppt.

So „schützt" die Polizei die Bevölkerung vor „Terroristen".

Rotfront!
Genossen aus Frankfurt/Main.

Aus der Sicht einer Verkäuferin

Liebe Freunde,
es ist bekannt, daß bei uns ständig die Preise steigen. Besonders, wenn man wie ich als Verkäuferin arbeitet, unterhält man sich oft mit den Kunden darüber, weil sie sich immer wieder beim Einkaufen über neue Preissteigerungen ärgern müssen.

Zum 1. Januar 1977 wurden mal wieder, wie jeder Raucher weiß, die Zigarettenpreise erhöht. Seit 1970 ist damit der Preis für eine Zigarette einer gängigen Marke um ca. 62% gestiegen (1970: 12 Stück — 1 DM = 8 1/3 Pfg./Stck.; 1977: 20 Stück — 2,70 DM = 13 1/2 Pfg./Stck.). Diese ständigen Preiserhöhungen — und die allgemeine Teuerung — haben nun dazu geführt, daß viele Raucher zum Drehen übergegangen sind. Besonders unter den Arbeitern einer nahegelegenen Fabrik, die bei uns einkaufen, verbreitete sich dieses kostensparende „Hobby".

Sie rechnen so, daß eine selbstgedrehte Filterzigarette 7-8 Pfg./Stck. kostet. Ein durchschnittlicher Raucher hat also in ca. 1-2 Wochen das Geld für das Hilfsgerät zum Zigarettenherstellen (ca. 10 DM) heraus und raucht dann zum halben Preis.

So weit, so gut. Seit Anfang des Jahres werden also bei uns immer mehr Stopfmaschinen, Zigarettenhülsen, Zigarettentabak verkauft. Unser Vorrat an Hülsen geht zur Neige, wir bestellen bei unserem Lieferanten, wir warten — es kommen keine Hülsen, wir fragen nach — wir bekommen immer noch keine Hülsen — wir bestellen woanders — keine Lieferung — wir bestellen bei sämtlichen Herstellern — nichts kommt.

Inzwischen haben unsere Kunden längst keine Vorräte mehr und müssen wieder die teuren Zigaretten kaufen. In ganz Hamburg gibt es praktisch keine Zigarettenhülsen mehr zu kaufen (Anfang bis Mitte Mai). Die Empörung über diese Sache ist sehr groß. „Das ist ein abgekartetes Spiel." — „Die Zigarettenindustrie und der Staat (durch die Tabaksteuer) wollen den Raucher doch nur zwingen, wieder 150 DM im Monat fürs Qualmen auszugeben, statt 75 DM, dann verdienen sie schließlich mehr."

Natürlich kann man dem in diesem Fall entgehen, indem man sich das Rauchen abgewöhnt. Da man die hohen Preise auf anderen Gebieten jedoch nicht auf diese Weise umgehen kann, indem man sich das Essen und Wohnen abgewöhnt, geht es nicht anders, als daß man gegen die Teuerung und ihren Nährboden, den Kapitalismus, kämpft.

Mit revolutionären Grüßen!
Eine Genossin aus Hamburg.

Parteiveranstaltungen

Hannover:
Veranstaltung „10 Jahre Roter Morgen", 4. 6., 18.30 Uhr, Haus der Jugend, Maschstr., Terrassensaal

Kiel:
Arbeitertreff mit dem Film „Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML!" 26. 5., 19.30 Uhr, Kleinke's Eck, Kiel-Gaarden

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Korrespondenz

Weil du arm bist, musst du früher sterben

Aus dem Stuttgarter Arbeiterviertel Hallschlag berichtet ein 30jähriger Arbeiter über seine Erfahrungen mit der kapitalistischen Gesundheitsversorgung an den „Roten Morgen":

„Es war 1971, meine Frau war im 6. Monat schwanger (es sollte das 2. Kind werden), als der Hausarzt eine Blinddarmentzündung feststellte. Im Feuerbacher Krankenhaus wurde meine Frau operiert und nach acht Tagen entlassen.

Zu Hause, noch am Tag der Entlassung, hatte sie plötzlich unbändige Schmerzen. Ich habe den Hausarzt angerufen, der ihr Schmerztabletten gab. Auf den Rat des Frauenarztes hin fuhren wir dann mit dem Krankenwagen wieder ins Feuerbacher Krankenhaus — meine Frau schrie vor Schmerzen in der Bauchhöhle.

Dort führte ein junger Assistenzarzt die Untersuchung durch. Nach einer halben Stunde kam er und fragte mich: „Haben Sie Streit gehabt mit Ihrer Frau? — Ihre Frau markiert nämlich, ihr fehlt überhaupt nichts." Ich war empört. Ich kenne schließlich meine Frau und sagte dem Arzt meine Meinung. Daraufhin hat man meine Frau schließlich im Krankenhaus behalten — zur Beobachtung!

Zwei Tage später wurde sie dann in die Landesfrauenklinik verlegt. Da habe ich meine Frau besucht — sie lag da mit Infusionen an den Armen — wie halbtot. Sie hatte vor Schmerzen nichts gegessen. ‚Ich halt's nicht mehr aus', sagte sie. Ich lief schließlich zum Arzt: ‚Ihr müßt unbedingt etwas unternehmen, meine Frau stirbt sonst . . .'

Als ich wieder ins Krankenzimmer zurückkam, war meine Frau nicht mehr da. Die Ärzte hatten versucht, das Kind zu holen, aber es ging nicht. Bei der Röntgenaufnahme wurde dann festgestellt, daß sie eine hochgradige Bauchhöhlenvereiterung hatte. Bei der Blinddarmoperation im Feuerbacher Krankenhaus war nicht sauber gearbeitet worden — es war gepfuscht worden! Das hat später eine andere Ärztin im Feuerbacher Krankenhaus selbst zugeben müssen.

Daraufhin ist meine Frau noch in der Nacht wieder ins Feuerbacher Krankenhaus gebracht worden, wo sofort eine Notoperation durchgeführt wurde. Nach der Operation ist dann das Kind lebend auf die Welt gekommen — es hat noch zwei Stunden gelebt. Dann hat man den Tod festgestellt.

Das ist aber kein einfacher Tod. Da ist ein Menschenleben vernichtet worden durch die Pfuscherei bei der Blinddarmoperation im Feuerbacher Krankenhaus — und beinahe auch das Leben meiner Frau! Das ist Mord!

Und damit ist das nicht zu Ende: Bei der nächsten Schwangerschaft meiner Frau hat es dann — trotz Spritzen, die das Kind halten sollten — einen Abgang zu Hause gegeben als Folge dieser Pfuscherei. Das erste Kind war völlig problemlos geboren worden!

Vor der nächsten Geburt (1976) wurden vom Hausarzt wieder Spritzen gegeben. Dieses Kind kam dann mit sieben Monaten zur Welt. Es war klinisch tot. Es wurde aber von einzelnen Schwestern und Ärzten so hochgepäppelt, daß es gerettet werden konnte.

Ist das jetzt ein Einzelfall im Feuerbacher Krankenhaus? Nein. Nur weil das ganze System der Krankenversorgung überall im Kapitalismus zuerst auf dem Profit aufbaut und unser Leben den Kapitalisten insofern egal ist, weil es darauf ankommt, Krankenhäuser mit Gewinn zu betreiben, das Personal, vor allem die Schwestern gehetzt werden und viel zu wenige da sind, um eine sorgfältige Gesundheitsfürsorge zu betreiben — deshalb ist dieser Mord an einem Kind kein Einzelfall, deshalb wird so etwas wieder und wieder vorkommen.

Weil es hier um Arbeiterkinder geht, ist ihr Leben nicht so wichtig. ‚Weil du arm bist, mußt du früher sterben!' Das wird erst anders werden, wenn die Arbeiter die Macht haben — dann wird das Leben der Arbeiter nicht mehr weggeworfen wie ein Stück Dreck, das keinen Wert hat."

Ein Einzelfall?

Keineswegs. In der Bundesrepublik sterben jährlich rund 18.000 lebend geborene Kinder. Das ist eine Säuglingssterblichkeitsrate von 2,3%. Doppelt so hoch wie in Schweden, Japan, den Niederlanden und Frankreich. Und selbst Vertreter dieses kapitalistischen Gesundheitswesens wie etwa der Direktor der Düsseldorfer Universitätsklinik, müssen zugeben, daß mindestens ein Drittel dieser Kinder leben könnte, wäre die medizinische Vorsorge besser. Höher als in anderen kapitalistischen Staaten ist auch die Müttersterblichkeit. Laut Statistik der Weltgesundheitsorganisation liegt sie bei 50 von 100.000 lebendig geborenen Kindern.

Daß auf die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die notwendig ist, um diese Zahlen zu senken, nicht zu hoffen ist, ist klar, wenn man sich die für den Krankenhausbereich geplanten Rationalisierungen ansieht: 79 Krankenhäuser in NRW, 78 Krankenhäuser in Westberlin usw. Aber es werden nicht nur Tausende von Krankenhausbetten wegrationalisiert, gleichzeitig wird durch weitere Spezialisierung unter den Krankenhäusern die Versorgung weiter verschlechtert. So soll etwa in Baden-Württemberg in Zukunft nur noch jede vierte Frauenklinik auch für „Problemgeburten" ausgerüstet werden. Noch geringer soll auch die Zahl des Pflegepersonals werden. Dabei ist schon heute für wirkliche Pflege kaum noch Zeit, erkrankt schon heute jeder 12. Patient, der in ein Krankenhaus eingeliefert wird, an einer Infektion, die er dort bekommen hat, weil für die notwendigen Hygienemaßnahmen nicht mehr genügend Zeit bleibt.

Diese wenigen Zahlen zeigen bereits, daß es der kapitalistische Staat ist, der die Verantwortung für das gesundheits- und lebensbedrohende „Gesundheitswesen" in der Bundesrepublik trägt. Ohne ihn zu stürzen, ohne den Sozialismus zu erkämpfen, kann es für die Werktätigen keine gute medizinische Versorgung geben.

Das beweist auch ein Blick in das sozialistische Albanien. Dort, wo vor der Befreiung die Lebenserwartung bei 38 Jahren lag, wo es im ganzen Land zehn Krankenhäuser gab, ist heute die Gesundheitsversorgung vollständig kostenlos, gibt es ein Krankenhausbett auf 100 Einwohner, eine Krankenschwester pro Kind in den Kinderkrankenhäusern, drei Krankenschwestern pro Patient auf den Intensivstationen, sind Geschlechtskrankheiten und andere Seuchen vollständig ausgerottet.

'Albanien heute' Nr. 2/77 erschienen

Vor kurzem erschien die zweite Ausgabe der albanischen politischen Zeitschrift „Albanien heute" in diesem Jahr. **„Albanien heute" setzt sich in jeder Ausgabe mit grundlegenden Problemen des sozialistischen Aufbaus und der sozialistischen Revolution in Albanien auseinander und erläutert die korrekte marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Albaniens.**

So wird in dieser Nummer darauf eingegangen, warum in der PAA der Revisionismus niemals Wurzeln schlagen konnte wie in mehreren einst kommunistischen und Arbeiterparteien („Die Partei hatte und hat stets eine einzige marxistisch-leninistische Linie"); es wird die grundlegende Bedeutung des Prinzips des sich Stützens auf die eigene Kraft für jedes sozialistische Land erläutert. („Ein allgemeingültiges Prinzip der Revolution und des Sozialismus"); es wird dargestellt, welche Rolle Ehe und Familie in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien spielen („Ehe und Familie in der SVR Albanien").



Einen Schwerpunkt in dieser Ausgabe von „Albanien heute" nimmt der proletarische Internationalismus ein. Diese Ausgabe enthält die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Genossen Enver Hoxha und Genossen Pedro Pomar, des vor einiger Zeit ermordeten Mitglieds des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens („Im Kampf und in der Revolution werden die Marxisten-Leninisten stärker und unbezwingbar"); die gemeinsame Erklärung der Lateinamerikanischen marxistisch-leninistischen Parteien („Ein Dokument, das die revolutionäre Einheit unter den marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien festigt"); Dokumente der internationalistischen Großveranstaltung in Italien („Internationalistische militante Solidarität im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde"); Dokumente des III. ordentlichen Parteitags der KPD/ML sowie einen Artikel „Die sozialistische Internationale — Instrument der imperialistischen Bourgeoisie".

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/ ...

Beiträge zu den Wettbewerben des Roten Morgen

Räuberische Beitragspolitik

Schon seit Jahren ist eine der wesentlichen Aktivitäten des IGM-Apparates die Beitragspolitik. Bei jeder Vertrauensleutesitzung, bei jeder Vertreterversammlung stöhnten die Funktionäre über die „Beitragsunehrlichkeit" der Mitglieder und forderten die Vertrauensleute immer wieder auf, die Kollegen zur „Beitragsehrlichkeit" zu bewegen.

Doch die Kolleginnen und Kollegen dachten nicht daran. Sie meinten: Wir bezahlen schon seit Jahren unsere 8, 9, 10 oder 12 DM, das reicht.

Doch jeder weiß, ein Konzern in der Größe, wie der DGB sich entwickelt hat, handelt nach dem eisernen Gesetz des Kapitalismus, dem Streben nach Maximalprofit.

Aber die Mitglieder wollten nicht mehr so, wie die DGB-Bonzen und folgten im wesentlichen nicht mehr den Aufrufen zur Beitragserhöhung. Immer mehr stellten sich die Kollegen die Frage nach dem Gegenwert für ihr teuer erarbeitetes Geld, was sie an Beiträgen bezahlten. Dies merkten natürlich die IGM-Bonzen sehr schnell. So griffen sie zu ihrem ersten Trick.

Auf dem 11. Gewerkschaftstag September 74 änderten sie die Satzung in Bezug auf die Höhe der Beiträge sehr wesentlich. Sie strichen einfach alle unteren Beitragssätze weg. So strichen sie die Sätze 7, 8, 9 DM völlig und begannen die neue Staffelung erst bei 10 DM. Dies hatte zur Folge, daß gerade die Kolleginnen, die mit ihren Niedrigstlöhnen auch nicht viel Beitrag bezahlten, alle in die 10 DM-Stufe umgeschrieben wurden, und die IGM machte einen Reibach. Schon damals traten eine Reihe Kolleginnen aus diesem Grund aus.

Gleichzeitig strichen sie Unterstützungen, wie bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, ersatzlos, bei Streiks gab es nach der alten Satzung für die Ehefrau und jedes Kind 12 DM für sechs Tage zusätzlich, nach der neuen Satzung nur noch für die Ehefrau oder den Mann, die Kinder strich man einfach, bei Streiks essen sie wohl nichts mehr. Dies war 1974/75.

Das ist lange her und die Gier nach mehr Geld ließ die IGM-Bonzen nicht ruhen. So starteten sie im Februar/März 77 den nächsten Schlag gegen die Kollegen. Mit der Quittung für 76 bekommen alle Kollegen, die unter 15 DM Beitrag bezahlten, einen üblen Brief ins Haus geschickt. Sie gaben in diesem Brief offen zu, daß die Vertrauensleute im Betrieb die Lohngruppen oder Verdienste ausgeschnüffelt und an die IGM-Ortsverwaltung weitergegeben haben. Die benutzte diese Angaben, um die Kollegen offen zu erpressen.

In dem Brief heißt es frech:

„Nach Rücksprache mit Deinem Vertrauensmann haben wir erfahren, daß Du im Betrieb eine Facharbeit ausübst. Für diese erhältst Du mindestens die Tätigkeitsgruppe 6 bzw. eine entsprechende Tätigkeitsgruppe des jeweiligen Angestellten- oder Handwerktarifes. Nach diesem Lohn bzw. Gehalt ohne Zuschläge würdest Du nach unserer Satzung einen Monatsbeitrag von 15 DM entrichten müssen. Da wir annehmen, daß Du auch davon überzeugt bist, ehrlich Deinen Beitrag zu zahlen, werden wir **ab 1. April 1977 den Abrufauftrag auf 15 DM verändern.** Solltest Du durch persönliche finanzielle Schwierigkeiten diesen Beitrag nicht zahlen können, hast Du die Möglichkeit, Dich bis **zum 28. 2. 1977** bei den Kolleginnen und Kollegen der Vertrauenskörperleitung bzw. in unserem Büro zu äußern. Wenn dies nicht der Fall ist, setzen wir das Einverständnis für die Angleichung des Beitrages entsprechend der Satzung voraus."

Die allermeisten Kollegen, die in der IGM organisiert waren, reagierten unheimlich wütend auf diesen Brief. Wir besprachen mit mehreren Kollegen, was man tun könne. Fünf Kollegen aus meiner Abteilung legten Protest beim Vertrauensmann ein und sagten, sie seien nicht bereit, mehr Beitrag zu zahlen, er solle das der Ortsverwaltung ruhig sagen. Kollegen aus anderen Abteilungen schrieben direkt dorthin.

Der Vertrauensmann, ein übles Subjekt, er hatte auf der Betriebsversammlung eine Hetzrede gegen die Partei und gegen mich gehalten (als Lohn hat er jetzt mehr Geld erhalten), wußte nicht mehr, was er machen sollte. Die Kollegen sagten ihm klar, bei der Gewerkschaftspolitik der IGM und der Anhäufung von Kapital seien sie nicht bereit, auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen: „Lieber lassen wir uns rauswerfen!"

Nach diesem Proteststurm wollte der Betriebsratsvorsitzende mit den wütenden Kollegen ein Gespräch führen, hieß es. Aber er zog es vor, lieber nicht zu erscheinen. Eine ganze Zeit passierte nichts. Die Kollegen kontrollierten ihre Abrechnungen. In der Februar/März-Abrechnung waren noch 12 DM abgebucht.

Im März erhielten zwei Kollegen aus der Nachbarabteilung, die schriftlich Einspruch erhoben hatten, ihren Rausschmiß aus der IGM. Ich unterhielt mich mit dem einen Kollegen, der unheimlich empört war. Er erzählte, daß er der IGM geschrieben habe, daß die Firma jetzt schon zum fünften Mal Kurzarbeit mache, daß er so und so nicht wüßte, wie es weitergehen solle und daß er es für falsch halte, in solchen Situationen auch noch den IGM-Beitrag zu erhöhen.

Die Antwort der IGM-Bonzen ist eines der übelsten Schreiben, die man sich vorstellen kann. Da hieß es: Da er nicht bereit sei, 15 DM zu bezahlen, müsse er sich ab 1. April 77 als ausgeschlossen betrachten, er könne aber die 12 DM Beitrag weiter bezahlen, müsse sie aber **als Spende** ansehen.

Der Kollege spendet bestimmt nicht für die IGM! Die Empörung der Kollegen, die von diesem Brief erfuhren, war groß. Dazu kommt, daß dieser Kollege seit 1948 Mitglied der IGM ist.

Von den fünf Kollegen aus meiner Abteilung hatte einer Bescheid bekommen, daß sein Einspruch berechtigt war. Bei ihm hatte man falsch geschnüffelt, er ist Hilfsarbeiter und verdient dementsprechend wenig. Die anderen Kollegen hörten nichts, nur immer wieder, daß man ein Gespräch mit ihnen führen wolle!

In der April/Mai-Abrechnung hatte man ihnen still und leise auf einmal 15 DM abgezogen, das war am Freitag. Die Kollegen erklärten, wenn sich jetzt nichts tut, treten wir am Montag aus. Wieder hieß es: „Ja, der Betriebsratsvorsitzende will noch ein Gespräch ..." Am Dienstag darauf traten von den vieren drei aus, ein anderer solidarisierte sich und trat auch aus. Sie sagten: „Wir haben die Schnauze voll von solch einem Laden, der nur Geld und sonst nichts mehr sieht."

Die Gespräche in dieser Zeit mit den Kollegen über den wahren Charakter des DGB waren ausgezeichnet! Der vierte Kollege, dem gedroht wurde, ist ein Schwerbehinderter. Ihm hatte man zugesagt, seinen „Fall" zu überprüfen. In der zweiten Maihälfte stellte auch er fest, daß man ihm die 15 DM abgezogen hatte. Dieser Kollege wird in den IGM-Papieren seit 1945 als Mitglied gezählt.

Gleich am nächsten Tag machte er sein Mitgliedsbuch, silberne Nadel und Urkunde für 25 Jahre IGM mit, gab alles ab und trat aus der IGM voller Verachtung aus. In der Zwischenzeit ist mir von mehreren Fällen bekannt, die sich ausschließen ließen, austraten oder ihre Konten einfach sperrten.

Vielen sind allein durch diese räuberische Beitragspolitik der IGM die Augen darüber aufgegangen, welchen Charakter die IGM hat. Vielen dieser Kollegen ist die Notwendigkeit des revolutionären Zusammenschlusses noch nicht klar, aber sie sind durch diese Erfahrung einen großen Schritt zur selbständigen Organisierung vorangeschritten. Schon dieses eine Beispiel der Beitragspolitik zeigt das wahre Gesicht des Gewerkschaftsapparates als Instrument der Kapitalisten in der Arbeiterklasse, zeigt, daß es den Gewerkschaftsbonzen nicht um Arbeiterpolitik oder um ihre Mitglieder geht, sondern nur um ihre Macht in diesem System, das sie so heiß verteidigen. Karl Marx hat schon gesagt, daß das Kapital seinen eigenen Totengräber erzeugt: das Proletariat. Und genauso ist es mit dieser Gewerkschaft: Je feindlicher ihre Politik der Arbeiterklasse gegenüber wird, um so schneller werden sie die revolutionäre Gewalt des Proletariats spüren!



Eine Einsendung zum Plakatwettbewerb von einer Genossin aus Hamburg.

„Der ‚Rote Morgen' gibt die Wahrheit wieder" — unter diesem Motto ruft die Redaktion des „Roten Morgen" zu einem Artikelwettbewerb auf. Einsendeschluß: 1. Juni. Name und Anschrift und den Vermerk, daß der Artikel für den Artikelwettbewerb bestimmt ist, nicht vergessen! 1. Preis: Eine Reiseschreibmaschine und ein Wochenendbesuch bei der Redaktion des „Roten Morgen"; 2. und 3. Preis: Buchpreise.

II. Gesucht wird das beste „Roter Morgen"-Werbeplakat. Einsendeschluß: 1. Juni. Die drei besten Entwürfe werden mit Buchpreisen ausgezeichnet. Der beste Entwurf wird als Plakat gedruckt.

(Der Rechtsweg ist ausgeschlossen).



Das zentrale Pressefest-Plakat — der Entwurf stammt von einem Genossen aus Essen als Beitrag zum Plakatwettbewerb

Vor zehn Jahren, am 1. Juli 1967, erschien die erste Nummer des „Roten Morgen". Mit der Gründung der KPD/ML an der Jahreswende 1968/69 ist der „Rote Morgen" das Zentralorgan unserer Partei. In den vergangenen zehn Jahren ist der „Rote Morgen" unermüdlich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution eingetreten. Nicht umsonst ist er die meistverbotene Zeitung in Westdeutschland, nicht umsonst muß er in der DDR illegal erscheinen. Unter den Werktätigen jedoch hat der „Rote Morgen" immer neue Freunde gewonnen.

Zur Feier des 10jährigen Bestehens des „Roten Morgen" laden wir alle Freunde zu den Pressefesten ein, die aus diesem Anlaß am 10./11. bzw. 18. Juni in Hamburg, Dortmund, Westberlin, Stuttgart und Frankfurt stattfinden werden.

"Denk an die Reise nach Paris!"

Ich arbeite in einem mittleren Betrieb, wo 300 Menschen beschäftigt sind. Hier hatte sich die Geschäftsleitung etwas ganz Besonderes zur „Eindämmung" der Fehlzeiten der Kollegen einfallen lassen. Denn Fehlzeiten kosten Geld und damit ihren Profit, welchen die Kollegen, durch Krankheit, Zuspätkommen oder Frühergehen schmälern.

Am 1. April, viele Kollegen glaubten zuerst an einen Aprilscherz, bekam jeder Kollege vom Abteilungsleiter einen Zettel in die Hand gedrückt:

„Wettbewerb / Preisausschreiben für drei Wochenendflugreisen nach Paris auf Kosten der Firma mit Ihrem Partner zu gewinnen!"

Schön, dachte mancher Kollege, aber nur, bis er weiterlas:

„An dem Wettbewerb können sich alle Mitarbeiter beteiligen, die über den Zeitraum von einem Jahr keinerlei Fehlzeiten aufweisen. Abwesenheit im Auftrag der Firma (Dienstreisen) zählen nicht als Fehlzeiten." (Wo doch die Akkordarbeiterinnen soviel Dienstreisen machen, dachte ich mir und las weiter:) „Beurteilungszeitraum: vom 1. April 77 bis 31. März 78. Der Wettbewerb findet nur statt, wenn sich mindestens 150 Mitarbeiter beteiligen, unter denen die drei Reisen verlost werden. Ihre Teilnahme bescheinigen Sie durch Ihre Unterschrift in die Listen bei den Abteilungsleitern."

Es war jedoch kein Aprilscherz, sondern ein ganz mieser Versuch, selbst kranke Kollegen an die Firma zu fesseln. Sofort setzte eine allgemeine Diskussion über dieses „Preisausschreiben" ein. Selbst Kollegen, die nie fehlen, sprachen von „unmöglich", „wohl für die Abteilungsleiter oder für den Betriebsrat".

Die Diskussionen waren so fruchtbar, daß zwei Tage später ein Sprichwort durch die Abteilungen geisterte: „Geht's dir einmal richtig mies, vergiß es! Denk an die Reise nach Paris!"

Und je näher der Tag der Listenabgabe rückte, desto hektischer wurden die Abteilungsleiter. In meiner Abteilung (ca. 60 Kolleginnen und Kollegen) ging ein Betriebsratsmitglied als „leuchtendes Beispiel" voran und trug sich in die Liste ein.

Leuchtend wurde sein Kopf allerdings auch, als er später feststellen mußte, daß außer dem Abteilungsleiter nur zwei Kolleginnen auf die Sauerei hereingefallen waren. Auch in anderen Abteilungen waren die Abteilungsleiter sehr oft einsam auf ihrer Liste geblieben.

Dieser Tage erschien ein Aushang:

„Zu unserem Bedauern können wir den Wettbewerb/Preisausschreiben ‚Ein Wochenende in Paris' nicht durchführen, da sich nicht die erforderliche Anzahl der Mitarbeiter beteiligte." Schade, nicht wahr?

Aus aller Welt

SPANIEN

Wie „Vanguardia Obrera“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Spaniens/ML bekanntgab, trat vor kurzem in tiefster Illegalität das 5. Plenum des ZK der KP Spaniens/ML zusammen. Auf dem Plenum wurden verschiedene aktuelle Fragen des antifaschistischen revolutionären Kampfes der spanischen werktätigen Massen diskutiert und die Vorbereitungen für den 2. Parteitag beschlossen. Das Plenum verurteilte außerdem die schädliche Haltung der Carrillo-Gruppe, der Sozialisten, der falschen Republikaner und der Pseudorevolutionäre gegenüber der monarcho-faschistischen Diktatur. Die KP Spaniens/ML unterstrich auf dem Plenum die Notwendigkeit, den militanten Geist der Volksmassen im Kampf gegen die Bourgeoisie weiterzuentwickeln und die Rolle, die die Partei in der Republikanischen Konvention der Völker spielt, zu verstärken. Die Diskussionen und Arbeiten des Plenums fanden in einer begeisternden Atmosphäre und vollständiger Übereinstimmung bei den vorgelegten Fragen statt. Das ZK billigte einstimmig die Haltung des Exekutivkomitees, die bevorstehende Wahlfarce mit allen Mitteln zu boykottieren. Die KP Spaniens/ML ruft die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen auf, den antifaschistischen Kampf zu verstärken und bekundet ihre Entschlossenheit, alle Kräfte zu mobilisieren, damit die Massen umfassend an der Vorbereitung des 2. Parteitages teilnehmen.

Zugleich werden aus Spanien neue Kampfaktionen Hunderttausender Werktätiger gegen das monarcho-faschistische Regime und die kapitalistische Ausbeutung gemeldet. Schon im vergangenen Jahr beteiligten sich an den Kämpfen 3,6 Millionen Arbeiter. Es wurde mehr als 110 Millionen Stunden gestreikt und die Kapitalisten erlitten Verluste in der Höhe von 8,3 Milliarden Peseten. In den ersten Monaten dieses Jahres setzten die spanischen Werktätigen ihre Kämpfe entschlossen fort. Allein im Januar standen 1,5 Millionen Werktätige im Streik. Hunderttausende streikten und demonstrierten in den letzten Monaten.

Am 3. Mai hat im Madrider Wohnbezirk „Der 2. Mai“ eine machtvolle Demonstration stattgefunden. Von der KP Spaniens/ML, der FRAP und der Republikanischen Konvention geführt, riefen Tausende Demonstranten Losungen für die FRAP und die Republik. Die Polizei versuchte, die Demonstranten auseinanderzutreiben, die Barrikaden in den Straßen errichtet hatten.

SIMBABWE

Ein brutales, abscheuliches Verbrechen verübten die rassistischen rhodesischen Streitkräfte Anfang Mai gegen die Bevölkerung eines afrikanischen Dorfes. Unter dem Vorwand, in dem Dorf habe eine Unterrichtsstunde der Guerrillas stattgefunden, umzingelten die Soldaten bei Nacht das Dorf und eröffneten wahllos das Feuer. Sie ermordeten dabei insgesamt 35 Menschen, darunter 16 Frauen und 12 Jungen und Mädchen. Das ist das wirkliche Gesicht des rassistischen Regimes, das auch noch so viele Worte der Imperialisten und Rassisten über ihre Bemühungen, zu einem „Dialog“ zu kommen, nicht vertuschen können.

THAILAND

Das thailändische Volk setzt entschlossen, geführt von der KP Thailands, den bewaffneten Befreiungskampf gegen das feudalbürgerliche Regime und seine amerikanischen imperialistischen Oberherren fort. Die Patrioten operieren im Norden, Nordosten, im Zentrum und im Süden des Landes. Im Volkskrieg versetzen sie den reaktionären Truppen immer neue Schläge. So jagten sie bei einer Aktion im Süden Thailands ein feindliches Militärfahrzeug in die Luft, eröffneten das Feuer auf eine Militärstreife und zwangen sie zum Rückzug. Am 9. Mai griffen die thailändischen Patrioten eine feindliche Abteilung im Nordosten des Landes an. Bei den Kämpfen, die einige Stunden lang andauerten, wurden acht feindliche Soldaten getötet, vier verwundet und der Rest ergriff die Flucht. Die Patrioten erbeuteten große Mengen Waffen und Munition.

ENGLAND

In England verstärkt sich täglich der Kampf der breiten werktätigen Massen gegen die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung durch die Bourgeoisie. Laut offiziellen Angaben des Arbeitsministeriums wurden im ersten Quartal dieses Jahres in England 673 Streiks gezählt, d. h., täglich acht. In diesem Streikkampf stehen Arbeiter der Automobilindustrie, Metallarbeiter, Landarbeiter, Werktätige des Gesundheitswesens und andere. Im Februar riefen 80.000 Arbeiter des Fernmeldewesens und im April 20.000 Docker in 28 Häfen Streiks aus. Fast einen Monat lang dauerten die Streiks der Werktätigen der Luftfahrtgesellschaften und des Stahlwerks in Talbot. Auch in diesem Monat geht der Streikkampf in England weiter. Ungeachtet der Drohungen und Erpressungen der Kapitalisten beharren die Arbeiter auf ihren Forderungen. Sie bieten den Manövern der Gewerkschaftsbonzen die Stirn, die sich als eifrige Lakaien der Bourgeoisie bemühen, den Kampf des englischen Proletariats in die Sackgasse zu führen.

PANAMA

Hunderte von Menschen.demonstrierten am 5. Mai vor der Botschaft der USA-Imperialisten, um ihren Protest gegen die Haltung der amerikanischen Besatzertruppen in der Kanalzone zum Ausdruck zu bringen. Die Demonstranten riefen Losungen wie: „Wir wollen Herren des Kanals sein! Der Kanal gehört dem panamaischen Volk!“ und andere.

PORTUGAL

Ende April ist der portugiesische Ministerpräsident Soares zu einem offiziellen Besuch in den USA eingetroffen. Bekanntlich ist die Lage in Portugal ernst. Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Monat zu Monat, die Inflationsrate ist hoch und die Arbeitslosigkeit nimmt nie dagewesene Ausmaße an. In dieser Situation wächst die Unzufriedenheit der breiten werktätigen Massen, die immer stärker die Last der Krise spüren. Aus dieser Lage versuchen sich die herrschenden Kreise Portugals herauszuwinden, indem sie den mächtigen Monopolen anderer Länder, vor allem den amerikanischen, die Hand entgegenstrecken. So diente die Reise Soares in die USA unter anderem dem Ziel, möglichst schnell einen Milliarden-Dollarkredit zu erhalten. Doch dieser Kredit wird Portugal nicht aus der Krise herausführen können. Im Gegenteil, er wird sie noch mehr vertiefen, wird die Schulden Portugals, seine Abhängigkeit von anderen Ländern, vor allem vom USA-Imperialismus vergrößern.

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — Griechenland

Ausplünderung der Werktätigen und der Völker

Fortsetzung von Seite 1

Ländern der EWG beträgt ihre Zahl 7 Millionen und steigt ständig. In den USA sind 9 Millionen Menschen arbeitslos und in Japan 2-3 Millionen. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen jedoch weit höher, da die offizielle Statistik lügt. Allein in der Bundesrepublik, wo angeblich etwas mehr als 1 Million Menschen ohne Arbeit sind, liegt ihre Zahl, wie kürzlich selbst der DGB zugeben mußte, um etwa das Dreifache höher.

Die Arbeitslosigkeit ist aber nicht die einzige Last, die die Werktätigen drückt. Dazu kommt die galloppierende Inflation, die Verteuerung vor allem der Preise für die Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs; dazu kommt der Abbau der Reallöhne in allen kapitalistischen Ländern; dazu kommen die steigenden direkten und indirekten Steuern. All das hat die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in immer größeres Elend gestürzt und von einer fortschreitenden Verbesserung ihrer Lage kann jedenfalls keine Rede sein.

Wohin man auch blickt: Die Energiekrise verschärft sich, das internationale Währungssystem ist zerrüttet und instabil und die Zahlungsbilanzen einiger wichtiger imperialistischer Länder wie England, Italien und Frankreich sind negativ. Die Regierungen stecken allesamt bis zum Hals in Skandalen und Krisen. Wollte man den imperialistischen Staats- und Regierungschefs glauben, sind alle diese Probleme vorübergehender Natur und keinesfalls in der kapitalistischen Ausbeuterordnung begründet. Aber gerade der Kapitalismus, der unversöhnliche Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist die wirkliche Ursache der tiefen Wirtschaftskrise.

Die Bourgeoisie lebt davon, die werktätigen Massen brutal auszubeuten und zu unterdrücken. Sie strebt nach Höchstprofiten, wodurch sich der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und ihrer privatkapitalistischen Aneignung aufs Äußerste verschärft, wodurch sich auf dem einen Pol der Gesellschaft in den Taschen einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter riesige Reichtümer ansammeln, während die große Masse der Bevölkerung immer mehr verelendet. Deshalb ist die Wirtschaftskrise die unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Die Wirtschaftskrise, die die kapitalistischen Länder erfaßt hat, entwickelt sich gleichzeitig mit einer erheblichen Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dadurch haben sich alle Widersprüche noch mehr zugespitzt.

Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen

In dieser Situation kennt die Bourgeoisie nur einen Weg: die Ausbeutung der werktätigen Massen noch mehr zu verschärfen, ihre Ausplünderung durch Preistreiberei und staatlichen Raub voranzutreiben, die Wirtschaft zu militarisieren, den Kapitalexport und die Ausbeutung und Ausplünderung anderer Völker zu steigern und zu versuchen, die Lasten der Krise auf die Verbündeten und Partner abzuwälzen.

Wie das Schlußkommunique beweist, waren sich die Imperialisten in London einig, eine „entsprechende Stabilisierungspolitik“ zu betreiben. Die Arbeiterklasse in den USA, Japan und den europäischen Ländern hat in der letzten Zeit am eigenen Leibe erfahren, was das für sie bedeutet. So verkündete der amerikanische Präsident Carter unmittelbar vor seiner Europareise ein „Wohlfahrts-“ und ein „Energieprogramm“. Sieht das erste einen umfassenden Abbau der Sozialleistungen (vor allem Rentenkürzungen, den Abbau des Gesundheits-, Schul- und Vorschulwesens) vor, bringt das zweite eine erhebliche Verteuerung der Benzin-, Strom- und Gaspreise. In Frankreich verabschiedete die Regierung den „Barre-Plan“ und das „programm commune“, um den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen. In Zusammenarbeit mit den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführern setzte die Labour-Regierung in England den „Sozialvertrag“ durch, der der Arbeiterklasse einen Lohnstop aufzwingen soll. Und auch in Italien wurde ein entsprechendes Programm gegen die Werktätigen verabschiedet.

Alle kapitalistischen Regierungen beschlossen zugleich umfangreiche Finanzspritzen für die kapitalistischen Monopole, angeblich, um die Arbeitsplätze zu sichern, in Wirklichkeit aber, um ihnen Höchstprofite zu verschaffen und Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Die Verschärfung dieses Kurses ist ein Ergebnis der Londoner Konferenz. Die auf der NATO-Tagung beschlossene Aufrüstung der NATO wird den Werktätigen außerdem weitere Lasten auferlegen.

Verstärkte Ausplünderung anderer Länder

Im Londoner Schlußkommunique haben die Chefs der Imperialisten beschlossen, die Ausplünderung vor allem der Völker Afrikas, Lateinamerikas und Asiens zu verstärken. Unter der Parole „Kampf dem Protektionismus“ erklärten sie offen ihre Frontstellung gegen den Kampf der Völker dieser Länder für ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und den Schutz ihrer Rohstoffe und Naturreichtümer. Gleichzeitig beschlossen sie die Stärkung der Instrumente des Neokolonialismus wie der „Weltbank“, des „Internationalen Währungsfonds“, der „GATT“ und der „OECD“, mit deren Hilfe der Weltimperialismus durch versklavende Anleihen, Kredite und Verträge die Reichtümer der Entwicklungsländer ausplündert.

Die Chefs der Imperialisten erklärten, um diese Politik durchzusetzen, wollten sie „eine starke Führungsrolle“ übernehmen. Das ist eine offene Drohung gegen die Völker, wenn sie sich nicht dem Diktat der Imperialisten beugen, sie mit Aggression zu überziehen. Der Beschluß der NATO-Tagung, den Aktionskreis der NATO auszudehnen, zeigt, daß dies eine reale Gefahr ist.

Wachsende Widersprüche

Selbstverständlich war auch die Eintracht, die die Imperialisten in London demonstrierten, nur Schein. Die Zuspitzung der allgemeinen Krise und die Vertiefung der Wirtschaftskrise haben auch die Widersprüche zwischen ihnen selbst verstärkt. So begann die Konferenz mit einem Eklat, als sich der französische Präsident weigerte, sich mit dem Vorsitzenden der EWG-Kommission an einen Tisch zu setzen. Jeder von ihnen versucht, möglichst hohe Profite aus dem Blut und dem Schweiß der Völker herauszuschlagen, bemüht sich, sich auf Kosten der anderen zu stärken, sich Einflußsphären und Märkte zu sichern. Das ist das Wolfsgesetz des Kapitalismus, wo einzig und allein die Stärke des Kapitals regiert. Es zeigte sich aber auch, daß die amerikanischen Imperialisten stark genug sind, ihren Verbündeten ihren Willen aufzuzwingen und daß sie gemeinsam mit ihrem treuesten Verbündeten, dem westdeutschen Imperialismus, in London den Taktstock geschwungen haben.

Das Proletariat und die unterdrückten werktätigen Massen können ihre Hoffnungen nicht auf die Imperialisten setzen. Für sie gibt es nur einen Ausweg: den entschlossenen Kampf zur Verteidigung ihrer Lebensrechte, gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung, um sie durch die proletarische Revolution zu stürzen.

Die Tatsache, daß in allen kapitalistischen Ländern der Kampf des Proletariats und der werktätigen Massen immer heftiger aufbrandet und Millionen von Arbeitern im Streik stehen, Demonstrationen und Massenkundgebungen durchführen, die Tatsache, daß die marxistisch-leninistischen Parteien ihren Einfluß in diesen Kämpfen immer mehr verstärken, schafft die Grundlage für den endgültigen Sieg des Proletariats und der Werktätigen in den kommenden Klassenschlachten gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker.

NATO-Tagung: Verstärkte Kriegsrüstungen beschlossen

Unmittelbar nach der Londoner Gipfelkonferenz trafen die westlichen Staats- und Regierungschefs zur Jahrestagung des aggressiven NATO-Blocks zusammen. Natürlich wurde auch diesmal wieder der wichtigste Teil der Beratungen hinter verschlossenen Türen abgehalten. Die Imperialisten können bei der Planung ihrer Komplotte gegen die Völker keine Zuschauer gebrauchen.

Natürlich sparten die Imperialisten und Reaktionäre, die sich zu der Tagung versammelt hatten, nicht mit Demagogie, um die Völker über ihre wahren Absichten hinwegzutäuschen. So heißt es im offiziellen Abschlußkommunique z. B., der NATO-Pakt sei dazu da, die „Unabhängigkeit und Sicherheit seiner Mitglieder zu wahren“. Wie aber kann es für die Völker unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus Unabhängigkeit und Sicherheit geben? Die US-Imperialisten gestatten diese ja nicht einmal ihren imperialistischen Verbündeten, geschweige denn den Völkern, die sie ausbeuten und unterdrücken. Die amerikanischen Imperialisten haben auch auf der diesjährigen NATO-Tagung unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie der Herr im Hause sind, nach dessen Taktstock die anderen zu tanzen haben.

Einer der wichtigsten Beratungspunkte der Tagung war die Ausweitung der NATO-Mitgliedschaft auf andere Länder und Erweiterung des Wirkungsbereiches der NATO in andere Gegenden der Welt. So planen die amerikanischen Imperialisten schon lange, Spanien in die NATO aufzunehmen sowie den Einsatz von NATO-Truppen vor allem im südlichen Afrika. Wenn es im Schlußkommunique der Tagung heißt, die NATO biete den „Entwicklungsländern“ ihren „Schutz“ vor dem sowjetischen Sozialimperialismus an, so steckt dahinter in Wirklichkeit die Absicht der amerikanischen Imperialisten, in Zukunft die NATO für Aggressionen vor allem gegen die Länder Afrikas und im Indischen Ozean einzusetzen.

Außerdem wurde auf der Tagung die verstärkte Aufrüstung der NATO und die Stationierung von noch mehr amerikanischen Besatzungssoldaten in Europa beschlossen. Dabei sollen vor allem die konventionellen Streitkräfte verstärkt und außerdem unter dem Kommando des amerikanischen Imperialismus ein Rüstungsprogramm für die 80er Jahre entwickelt werden.

Die Beschlüsse der NATO-Tagung sind der konkrete Ausdruck der fieberhaften Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und richten sich gegen den Kampf der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit.

Sie zeigen, daß die Freiheit und Unabhängigkeit nur im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus und die von ihnen kommandierten aggressiven Militärblöcke, gegen den Imperialismus und die Reaktion errungen werden können.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Polizeiterror gegen die KP Japans (Linke)

Überall in der kapitalistischen und revisionistischen Welt versucht die Bourgeoisie mit brutaler Gewalt und offenem Terror den Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien, die ihren Einfluß in der Arbeiterklasse und den anderen vom Kapital ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen ständig vergrößern, zu unterdrücken. Auch in Japan ist die Kommunistische Partei Japans (Linke) Ziel der terroristischen Angriffe der reaktionären japanischen Monopolbourgeoisie und ihres Staatsapparates.

„Am Morgen des 13. April“, heißt es in einer von der Partei vor kurzem herausgegebenen Agitationsbroschüre, „mobilisierte das Polizeihauptquartier der Präfekturen Fukuoka und Yamaguchi über 500 Polizisten, um eine Hausdurchsuchung in den Redaktionsräumen des ‚Volkssterns‘, Zentralorgan der KP Japans (Linke), der ‚Vorhut‘, Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes Japans und der Zeitung ‚Choshu‘, einer Massenzeitung, die bei der Entwicklung einer revolutionären, von unserer Partei geführten Einheitsfront eine Rolle spielt, zu erzwingen.

Die erzwungene Hausdurchsuchung durch die Organe der Staatsmacht ist nichts als ein schwerer faschistischer Akt der Unterdrückung, um den Kampf unserer Partei und der Volksmassen abzuwürgen und zeigt, welche Angst die US-japani-



Schwerbewaffnete Polizei hat das Redaktionsgebäude umzingelt.

schen Reaktionäre unter der Bedingung der Vertiefung der Krise, in der sie sich befinden, vor dem Erstarken der KP Japans (Linke) haben, die in den Kämpfen der japanischen Arbeiterklasse und der Volksmassen in der vordersten Front steht.“ Die Polizisten, die vor dem Redaktionsgebäude aufmarschierten und es abriegelten,



Empört hat eine Gruppe von Revolutionären und fortschrittlichen Menschen eine Polizeistation gestürmt.

waren schwer mit Knüppeln, Tränengas, Helmen und Schilden bewaffnet. Sie waren mit Vorschlaghämmern, Motorsägen und Brecheisen ausgerüstet, mit denen sie die Türen aufbrachen. Einmal eingedrungen, durchwühlten sie das Gebäude, stöberten in den Manuskripten und anderen Papieren und fertigten Lagepläne an, um Aufschluß über die Organisationsstruktur der Partei und ihre Arbeit zu bekommen.

Dieser Überfall war der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei gegen die Partei. Schon im März verhafteten Polizeiagenten nacheinander willkürlich 15 Genossen und Freunde der Partei, von denen sich sechs noch immer in Haft befinden.

Die Partei hat sich aber mit den Verhaftungen und dem Überfall nicht abgefunden, sondern sofort begonnen, den Kampf dagegen zu organisieren. Überall in Japan wurden Hunderttausende von Extraausgaben der überfallenen Zeitungen verteilt, um die Volksmassen zu informieren und zum Kampf zu mobilisieren. Am 26. April organisierte die Partei in der Präfektur Yamaguchi eine Protestversammlung, an der sich über 500 Menschen beteiligten. Auf dieser Versammlung sprachen auch Mitglieder der Redaktionen der revolutionären Zeitungen. Schon in den Tagen vor dem 13. April war eine große Menschenmenge in eine Polizeistation eingedrungen, um die sofortige Freilassung der verhafteten Kommunisten und Revolutionäre zu verlangen.

„Überall“, heißt es in der Broschüre der Partei, „drückten die Arbeiter und die anderen Werktätigen der Partei ihre Sympathie aus und ermutigten sie. Die Polizei hatte vor der Haltung der revolutionären Volksmassen große Angst. Immer wenn sie versuchte, die Verteiler der Zeitungen in den Straßen anzugreifen und zu provozieren, sahen sie sich dem unerwarteten starken Protest der Massen gegenüber.

Um es zusammenzufassen: Dieses politische Ereignis ist ein Ausdruck des großen, unversöhnlichen Widerspruchs zwischen den Millionen von Werktätigen mit der KP Japans (Linke) an der Spitze und den revolutionären Kräften auf der einen und

Fortsetzung nächste Spalte oben

den US-japanischen Reaktionären, den Organen der Staatsmacht und ihrer Gewaltmaschinerie als Stützen ihrer Herrschaft auf der anderen Seite.

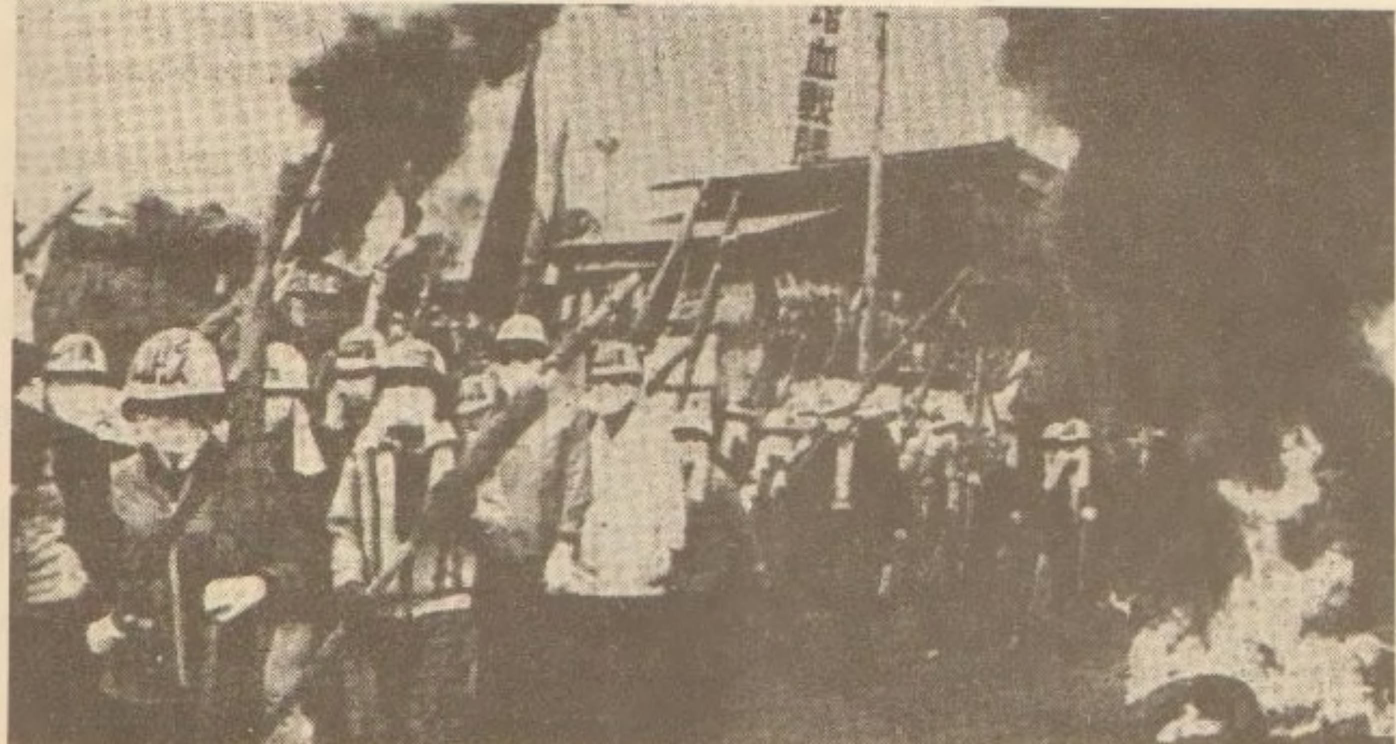
Unsere Partei, die KP Japans (Linke), drückt ihre Entschlossenheit aus, in der vordersten Reihe der Volksmassen gegen die faschistischen und militaristischen Angriffe zu kämpfen. Gemeinsam mit den breiten Massen des Volkes kämpft sie entschlossen für die fundamentalen Interessen Hunderter Millionen japanischer Werktätiger, kämpft sie dafür, sie zu organisieren und auf breiter Front den revolutionären politischen und wirtschaftlichen Kampf gegen die verstärkte Unterdrückung, Ausbeutung und Ausplünderung durch die US-japanischen Reaktionäre zu führen.“

Gegen den Flughafen Narita

4000 Bauern und Studenten im Kampf

Tausende von japanischen werktätigen Bauern und Studenten haben in erbitterten Kämpfen gegen die Polizei bisher die Inbetriebnahme des Großflughafens Narita am Stadtrand von Tokio verhindert.

Die Bauern, deren Kampf von den Studenten unterstützt wird, wehren sich vor allem dagegen, daß der Flughafen auf ihrem Land gebaut worden ist, daß ihnen gegen eine minimale Entschädigungssumme weggenommen wurde. Angesichts der schweren Lage der werktätigen japanischen Bauern bedeutet diese Zwangsenteignung für viele den sicheren Ruin. Die Ausplünderung und Ruinierung der



Nachdem es der Polizei gelungen war, die Stahltürme zu schleifen, errichteten die Demonstranten Barrikaden auf dem Rollfeld.

Bauern durch die japanische Monopolbourgeoisie, deren Werkzeug die japanische Regierung ist, hat in den letzten Jahren bereits zur Vertreibung von 10 Millionen Bauern von ihren Höfen geführt.

Nach einem Plan der japanischen Regierung soll in den nächsten zwanzig Jahren außerdem ein Sechstel der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche industrialisiert werden. Der Kampf der Bauern von Narita gegen den Bau und die Inbetriebnahme des Flughafens ist deshalb zu einem Symbol für den Kampf der werktätigen Bauern gegen die Politik der Regierung geworden.

Außerdem kämpfen die Bauern und Studenten gegen die Inbetriebnahme des Flughafens, weil er gleichzeitig als Militärstützpunkt für die amerikanischen Imperialisten und die japanische Luftwaffe dienen soll. 1973 wurde der Flughafen Narita fertiggestellt. Seit dieser Zeit halten die Bauern und Studenten das Gelände besetzt, bewachten es rund um die Uhr und errichteten auf den Rollbahnen zwei 62 bzw. 30 m hohe Stahltürme. Es gelang ihnen so zu verhindern, daß in den vergangenen vier Jahren auch nur ein einziges Flugzeug in Narita starten oder landen konnte.

Im Morgengrauen des 6. Mai jedoch gelang es der Polizei mit einem Riesenaufgebot — insgesamt 2.500 Mann — schwerbewaffneter Einheiten, den Flugplatz zu stürmen und die Türme zu schleifen. Aber schon am 8. Mai hatten sich erneut 3.000 Bauern und Studenten auf dem Gelände versammelt. Sie kämpften erbittert gegen die Polizei, die brutal mit Gummiknüppeln und Tränengas gegen die Demonstranten vorging. Fast 400 Demonstranten wurden bei diesen Kämpfen verletzt, 33 festgenommen. Die Bauern und Studenten beantworteten die Gewalt der Polizei ebenfalls mit Gewalt. Sie errichteten Barrikaden aus brennenden Autos und warfen Molotowcocktails. Es gelang ihnen sogar, auf der Rollbahn erneut einen hölzernen Turm zu errichten. Gleichzeitig griffen die Demonstranten vier in der Nähe gelegene Polizeiwachen an und zerstörten einen Kontrollposten der Polizei auf dem Flughafengelände. Die Bauern und Studenten von Narita sind entschlossen, trotz des Terrors der Polizei ihren gerechten Kampf gegen die Inbetriebnahme des Flughafens weiterzuführen.

Namibia

Neue Erfolge der Patrioten

In Südafrika geben sich zur Zeit die Abgesandten des amerikanischen Imperialismus und der anderen westlichen imperialistischen Mächte die Klinke in die Hand. Was sie alle in immer größere Unruhe versetzt, ist der revolutionäre bewaffnete Kampf des Volkes von Namibia gegen das rassistische südafrikanische Vorster-Regime. Die Treffen und Verhandlungen der Imperialisten mit dem rassistischen Regime dienen der Schmiedung von Komplotten gegen diesen Kampf. Auf ihnen wird darüber verhandelt, wie man diesen Kampf am besten unterdrücken, unterminieren und bremsen kann.

Das Volk von Namibia wird von den Rassisten in Südafrika grausam unterdrückt. Es genießt keinerlei Freiheiten und Rechte und ist der brutalen Ausplünderung und Ausbeutung durch den Imperialismus, vor allem den USA-Imperialismus, den eigentlichen Herrn im südlichen Afrika, unterworfen. Um sich zu befreien, haben die namibischen Patrioten zu den Waffen gegriffen und in ihrem Kampf dem rassistischen Regime und seinen imperialistischen Hintermännern eine Niederlage nach der anderen zugefügt. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres gelang es den Patrioten, insgesamt 250 feindliche Soldaten zu töten. Außerdem zerstörten sie zahlreiche Militärposten und sprengten viele Panzerfahrzeuge in die Luft. Während sie früher nur die Gegenden im Norden Namibias kontrollierten, führen sie jetzt auch in vielen anderen Gebieten erfolgreiche Operationen durch. Die rassistischen Besatzer sind sogar gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verteidigung der Hauptstadt Namibias, Windhuk, zu verstärken.

Die namibischen Patrioten errangen diese Erfolge, obwohl das rassistische Regime in Südafrika 50.000 Soldaten in Namibia stationiert hat, die den Befreiungskampf unterdrücken sollen und die Bevölkerung terrorisieren. Die rassistischen Soldaten metzeln das Volk nieder, sperren die Menschen in sogenannte Reservate, die in Wirklichkeit Konzentrationslager sind, brennen Häuser nieder oder machen sie dem Erdboden gleich.

Die rassistischen Truppen sind mit den modernsten Waffen ausgerüstet, die ununterbrochen aus Washington und den Hauptstädten der anderen Staaten des aggressiven NATO-Blocks nach Südafrika geschickt werden. So zeigen die südafrikanischen Rassisten und die Imperialisten dem Volk von Namibia selbst, was es von dem sogenannten „Dialog“ und den „Menschenrechten“ zu halten hat, die Vorster, Carter und andere in Bezug auf Namibia jetzt lauthals propagieren: nämlich gar nichts. Im Gegenteil. Betrachtet man die Vorschläge der Rassisten und Imperialisten zur Lösung des Namibia-Problems genauer, so stellt sich schnell heraus, daß sie alle darauf gerichtet sind, die Herrschaft des Imperialismus und der Rassisten — entweder direkt oder durch ihre Lakaien — aufrechtzuerhalten und das kämpfende Volk zu entwaffnen.

Das beste Beispiel dafür ist das Projekt einer sogenannten Verfassung und der Abhaltung „freier Wahlen“, ein Projekt, das im Mittelpunkt der aktuellen Gespräche zwischen den Abgesandten der Imperialisten und dem rassistischen Regime steht. Mit der Verwirklichung dieses Projekts würde Namibia angeblich die Unabhängigkeit und Freiheit geschenkt. In Wirklichkeit aber stünde ein solches Namibia völlig unter der Herrschaft der Rassisten, die durch ihre Lakaien regieren, denen das Recht zugebilligt würde, sich jederzeit in die Angelegenheiten des Landes einzumischen. Unangetastet bliebe auch die Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes von Namibia durch die imperialistischen Truste und Konzerne.

Aus diesem Grund wird dieses Projekt von den namibischen Patrioten und dem ganzen Volk entschieden bekämpft. Angesichts der imperialistischen Komplotte erklärte vor kurzem ein Führer der „Volksorganisation Südwestafrikas“: „Die Befreiungskräfte des Volkes von Namibia werden dieses neue Manöver der Rassisten Pretorias zur Fortsetzung der Besetzung Namibias mit verstärktem bewaffneten Kampf beantworten.“

Diese Sprache, die Sprache der Waffen, ist die einzige Sprache, die die Imperialisten und Rassisten verstehen und das Volk von Namibia wird sich immer mehr bewußt, daß der Weg des bewaffneten Kampfes der einzige Weg zu seiner wirklichen Befreiung ist.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bei "Chemical-Mace"-Einsatz

64-jährige Frau getötet

Morgens um 6 Uhr klingelte bei der Familie Linnemann in Wahmbeck, einem kleinen Ort an der Weser, die Polizei. Zwei Polizisten wollten die 16jährige Marina, die jüngste Tochter des Ehepaares Linnemann, zwangsweise abführen. Marina hatte wegen einer Grippe einige Wochen die Berufsschule versäumt, ihre 64jährige Mutter hatte vergessen, das Attest abzuschicken.

Dafür mußte die alte Frau mit ihrem Leben bezahlen! Als Marina sich weigerte, mit den Polizisten mitzugehen, als sich ihr kriegsinvalider Vater und ihre Mutter schützend vor sie stellten, da ging einer der beiden Polizisten mit dem chemischen Kampfgas „Chemical Mace" gegen die alte Frau vor! Elisa Linnemann brach zusammen . . .

Die Polizisten verließen daraufhin die Wohnung. In einer späteren Erklärung der Polizei heißt es zynisch: Die Polizisten gaben daraufhin ihr Vorhaben auf. Sie waren der Meinung, daß der Anlaß ihres Einsatzes die Anwendung weiterer Gewaltmittel gegen die Eltern und das Mädchen nicht gerechtfertigt hätte.

Als eine halbe Stunde nach diesem Polizeieinsatz der Hausarzt der Familie Linnemann kam, konnte er nur noch den Tod der alten Frau feststellen.

Weil er sich weigerte, einen Totenschein auszustellen, übernahm es ein gewisser Professor Steffen Berg vom Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Göttingen ein Obduktionsgutachten anzufertigen, das die Polizei für ihre offiziellen Erklärungen gebrauchen konnte.

Obwohl sogar die Herstellerfirma von „Chemical Mace", Smith&Wesson , vor „lebensgefährlichen Gesundheitsschädigungen" beim Einsatz in geschlossenen Räumen warnt, obwohl es in einer Dienstanweisung der Bundeswehr heißt: „Eingeatmet kann es tödlich wirken", obwohl Elisa Linnemann sofort nach dem Polizeieinsatz starb, heißt es in dem Obduktionsgutachten, es bestehe „kein direkter Zusammenhang" zwischen dem Einsatz von „Chemical Mace" und dem Tod der Frau. Die Frau, erklären der Professor und die Polizei, sei ohnehin schwer herzkrank gewesen und man hätte ständig mit ihrem Tod rechnen müssen . . .

„Chemical Mace" ist entgegen den Lügen der Polizei und der Politiker, die es als „humanes Einsatzmittel" preisen, ein gefährliches Kampfgas. Es gehört zu den „Weißkreuz"-Giftgasen, die zuerst im ersten Weltkrieg, in jüngerer Zeit von den US-Imperialisten in ihrem Giftgaskrieg gegen das vietnamesische Volk eingesetzt wurden, es wird — obwohl es zu den 1925 vom Völkerbund und 1969 von der UNO geächteten Giftgasen gehört — mittlerweile in den meisten kapitalistischen Ländern von der Polizei in ihren Einsätzen gegen die Werktätigen benutzt. Bereits 1968 in Frankreich starb eine Frau an den Folgen des „Chemical-Mace"-Einsatzes.

In der Bundesrepublik trugen zahlreiche Menschen Verletzungen von „Chemical-Mace"-Einsätzen davon — so etwa 13 Kinder in Frankfurt, gegen die die Polizei 1975 mit diesem Giftgas vorging. „Chemical Mace" ist eine Waffe, die zeigt, daß die Bourgeoisie mit ihrer Polizei tatsächlich einen Krieg, einen Bürgerkrieg, gegen die Werktätigen führt. Wer wie der Polizist in Wahmbeck diese Waffe aus nächster Nähe und in einem geschlossenen Raum gegen einen Menschen einsetzt, der handelt nicht anders, als würde er einen gezielten Schuß abgeben!

Die Bewohner von Wahmbeck, mit denen Genossen der ROTEN GARDE sprachen, waren über diesen brutalen Polizeieinsatz gegen eine alte Frau, die nichts wollte als ihre Tochter vor einer Ungerechtigkeit schützen, zutiefst empört. Ein alter Mann, der selbst einmal sehr schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht hatte, meinte: „Mit den kleinen Leuten machen die, was sie wollen. Egal wie die Sachlage ist, die Polizisten haben immer recht!" Zweifellos wird es auch in diesem Fall kein Gericht in diesem kapitalistischen Staat geben, das den betreffenden Polizisten und den gewissenlosen Professor in Göttingen wegen ihres Verbrechens zur Rechenschaft zieht.

Aber die Werktätigen, die erleben, wie ihre Angehörigen, ihre Freunde und Bekannten zum Freiwild für die Polizei werden, vergessen nicht. Der Polizeiterror, der allein in den letzten Wochen dieser alten Frau aus dem Weserbergland, einem 16jährigen Schüler aus Lemgo und dem Landwirt Helmut Schlaudraff aus Hessen das Leben kostete, macht die Werktätigen diese Polizei hassen, führt dazu, daß sie diesen Staat immer häufiger „Polizeistaat" nennen und bringt immer mehr Menschen aus dem Volk zu der Überzeugung, daß man diesen kapitalistischen Staat bekämpfen, seiner reaktionären Gewalt die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegensetzen muß.

Senatsdirektor Pieper

Nach Mordversuch auf freiem Fuss

Hamburg. In einer Porno-Bar zieht ein Betrunkener plötzlich eine Pistole. Er zielt auf mehrere Personen, drückt ab. Nur eine Ladehemmung in der Waffe verhindert, daß es Tote gibt.

Jetzt stand dieser Mann vor Gericht. Die Sache schien klar: Mordversuch. Aber der Angeklagte verschwindet nun nicht etwa für einige Jahre hinter Gefängnismauern. Er kann den Gerichtssaal als freier Mann verlassen. Das Urteil: Ein Jahr auf Bewährung wegen „fahrlässigen Vollrausches". Denn der Pistolenheld war der Senatsdirektor Harald Pieper, der Chef des Hamburger Strafvollzugs. Und die eine Krähe hackt ja bekanntlich der anderen kein Auge aus. Da gibt es nur ein paar gute Ratschläge. So ermahnte der Oberstaatsanwalt den verhinderten Mordschützen: „Ein Beamter in dieser Funktion hat solche Lokalitäten zu meiden. Und wenn er sich dort trotzdem betrinkt, muß er auf jeden Fall seine Dienstpistole zu Hause lassen."

Daß dort in der Bar Menschenleben auf dem Spiel standen, was kümmert das die Herren Richter und Staatsanwälte. Was ihnen Sorge macht, ist nur das Ansehen der bürgerlichen Justiz.

Zur selben Zeit, als Pieper in Hamburg vor Gericht stand, wurde in Kiel der Kommunist Martin Peleikis ins Gefängnis geschleppt. Sieben Monate soll er absitzen. Sein „Verbrechen"? Er hatte ein antimilitaristisches Flugblatt der Partei unterschrieben.

Da können sich die Herren noch so sehr bemühen, ihre Klassenjustiz reinzuwaschen. Gerade diese beiden Vorfälle werden noch mehr Menschen das wahre Wesen dieser Justiz enthüllen, werden den Haß der Werktätigen weiter schüren. Noch können diese Herren richten. Aber eines Tages wird es das Volk sein, das über sie zu Gericht sitzt.

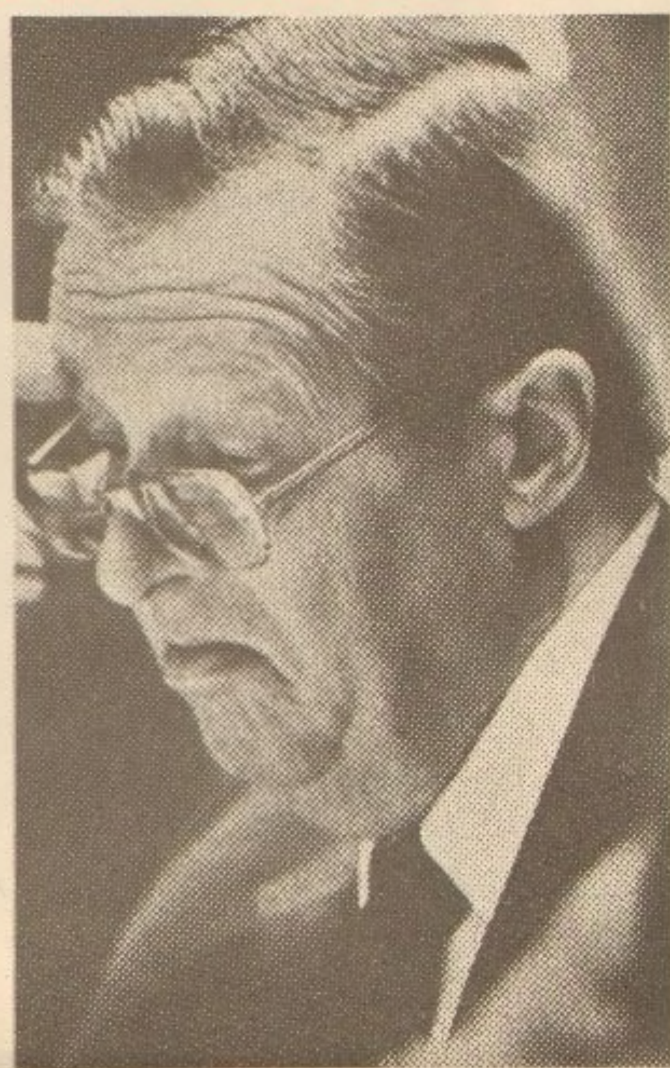
Ärzte-Präsident Sewering

Ein übler Geschäftemacher

Auf dem Deutschen Ärztetag, der in der letzten Woche in Saarbrücken stattfand, stellte der Präsident der Bundesärztekammer, Sewering, die Vertrauensfrage. Er war in der letzten Zeit ins Gerede gekommen, als einige seiner Geschäfte aufgedeckt wurden.

Sewering hatte sich einen Mammographen angeschafft, ein Röntgen-Spezialgerät zur Untersuchung der weiblichen Brust auf Krebs. Ein solches Gerät darf aber nur von Fachärzten — Gynäkologen und Radiologen — eingesetzt werden. Also machte der Lungenarzt Sewering einen Handel mit fünf Frauenärzten: die Untersuchungen wurden von Hilfskräften in seiner Praxis vorgenommen. Die Frauenärzte traten gegenüber den Krankenkassen als Benutzer des Geräts auf und kassierten die Honorare, die sie dann mit Sewering teilten. Dieses schmutzige Geschäft mit der Krebsangst der Patienten war für beide Seiten lohnend. Allein Sewering brachte es 200.000 Mark pro Jahr ein.

Diesem Mann haben die Ärztefunktionäre in Saarbrücken das Vertrauen ausgesprochen und ihn ausdrücklich als Präsidenten der Kammer bestätigt. Sie haben zwar auf ihrem Kongreß viele große Worte gefunden über das „Vertrauensverhältnis zum Patienten". Aber tatsächlich geht es ihnen nicht um die Sorge für die Kranken. Für sie kommt es genau wie für ihren Boß Sewering in erster Linie darauf an, möglichst schnell möglichst viel Geld zu machen. Wenn es auch einzelne Ärzte gibt, die sich wirklich für ihre Patienten einsetzen, so sind doch die reaktionären Verbände entschiedene Feinde der Werktätigen.



Flugblattaktion gegen NATO-Flotte

Mit großem Tamtam wurde kürzlich in Bremen von der Bourgeoisie der Besuch von sieben Schiffen der Atlantikflotte der NATO im Überseehafen gefeiert. Bremer Genossen der Partei verteilten gegen diesen verlogenen Rummel ein Flugblatt vor den Hafentoren, das die tatsächliche gefährliche Rolle der NATO entlarvte und zum Kampf dagegen aufrief (siehe Bild).

Gegen eine Gruppe des KBW, die bei den Schiffen eine Kundgebung durchführen wollte, gingen sofort Polizisten aus 6-7 Streifenwagen vor. Sie griffen sich, auf Anweisung von als Photographen getarnten Polizeispitzeln, ca. 10 von ihnen und prügelten sie brutal in die Streifenwagen. Einem von ihnen schossen sie aus 30 cm Entfernung „Chemical Mace" ins Gesicht.



Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

O für 1 Jahr   O für 1/2 Jahr   O Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . Datum: . . . .
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--**   O halbjährlich **DM 15,--**   O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen" Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.